Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37. Montag, den 14. Februar 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Hinter Japan und Rußland.

Im preußischen Abgeordnetenhaus gingen am Sonnabend die Wahlrechtsdebatten zu Ende und brachten zum Schluß die Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Was aus den Kommissionsverhandlungen herauskommen wird, weiß noch kein Mensch. Aber so viel zeigten auch die Reden des dritten Tages, daß — die Reform mag ausfallen wie sie will — die breiten Massen des arbeitenden Volkes entrechtet bleiben. Vielleicht werden einige Mittelstandskreise für würdig erachtet, mit den Militäranwärtern zusammen in eine höhere Klasse befördert zu werden, die Arbeiter bleiben rechtlos.

Als Redner der Freisinnigen Vereinigung kam der Abg. Dr. Pachnicke zum Wort, den während der Blockpolitik wegen seiner besonders zahmen Haltung viele schon zu den Nationalliberalen geworfen hatten, der aber durch seine Wahlrechtsrede bewies, daß er auch noch gut liberale Töne anzuschlagen versteht. Er fertigte überlegen den freikonservativen Draufgänger v. Zedlitz ab, der nach Oldenburgischer Weise am Tage vorher für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts eingetreten war und ostentativ das Abgeordnetenhaus, diese Karikatur einer Volksvertretung, das preußische Volkshaus genannt hatte. In diesem „Volkshaus" sitzen nach einer Aufstellung Dr. Pachnickes 140 Großgrundbesitzer, nur 8 Kleingewerbetreibende und noch weniger Arbeiter. Es gehört die ganze junkerliche Dreistigkeit eines Zedlitz dazu, angesichts solch offenkundiger Verhältnisse so lügnerische Behauptungen aufzustellen. Selbst bei Dr. Pachnicke hat die Regierungsvorlage die tiefste Erbitterung hervorgerufen, die in ihren Bestimmungen noch weit hinter den Wahlrechten zurückbleibt, die gegenwärtig in Japan und Rußland bestehen. Eine zutreffendere Illustration des Bülowschen Wortes: Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt voran, ist wohl seit langem nicht geliefert worden. Neues konnte natürlich auch Dr. Pachnicke an vernichtender Kritik gegen diese Ausgeburt einer wirklichen Wahlreform nicht vorbringen. Er unterstrich noch einmal vor allem den mittelstandsfeindlichen Charakter dieser Bethmannschen Reform, die die Gewerbetreibenden und auch die Bauern zurücksetzt hinter den Unteroffizier und den abhängigen Beamten. Mit anerkennenswerter Schärfe wandte er sich sowohl gegen die despektierlichen Äußerungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg über das Reichstagswahlrecht, die sich erst recht nicht gehören von einem Manne, der in seinem neuen Amt erst zeigen soll, ob er was kann, und gegen die staatsstreichlüsterne Rechte, deren wahrer Gesinnung im Reichstage Herr v. Oldenburg und im Landtage Oktavio v. Zedlitz Ausdruck gegeben haben.

Und nun geschah das Ungeheuerliche. Herr v. Bethmann, der am Donnerstag in mehr als einstündiger, wohlpräparierter Rede das Reichstagswahlrecht herabgesetzt und die süddeutschen Staaten mit ihren freiheitlichen Verfassungen grundlos beschimpft hatte, erhob sich, aber nicht um auf die gegen ihn gerichteten Angriffe einzugehen — dazu reicht es offenbar nicht aus — sondern um den einen Pachnickeschen Satz zurückzuweisen, daß die jetzige Wahlrechtsvorlage im Vergleich zum Königswort in der Thronrede ein Rückzugsgefecht darstelle. Das bestritt Herr von Bethmann und verlangte, worauf ihn freilich eine Lachsalve der gesamten Linken begrub, mit solchen Versicherungen ernst genommen zu werden. Sprachs und setzte sich, hörte die weitere Debatte noch eine Weile an und verschwand dann auf Nimmerwiedersehen. Kläglicher hat wohl selten sich ein Minister in einer politisch bedeutsamen Frage benommen wie Herr v. Bethmann, dessen parlamentarischer Mißerfolg sich würdig dem Mißerfolge des Kriegsministers im Reichstage vom Tage vorher anschloß.

Die zweite Garnitur der Redner leitete der konservative Abg. Malkewitz ein. In seiner besseren Vergangenheit Schriftsetzer und eine Zeitlang eifriger Anhänger der sozialdemokratischen Partei, hat er sich jetzt zu einem konservativen Konzessionsschulzen entwickelt, der wegen seines fließenden Mundwerks hie und da von seiner Partei vorgeschickt wird, wenn es eine schlechte Sache zu verteidigen gilt. Diesmal argumentierte Herr Malkewitz besonders geschmacklos. Vor allem das „Berliner Tageblatt" hat es ihm angetan, und gegen dieses richtete sich der größte Teil seiner Angriffe. Natürlich entrüstete auch er sich über den schlechten Ton der Sozialdemokraten, bewies seinen guten Ton aber in demselben Atemzuge mit der Bemerkung, daß ein Teil des Abgeordnetenhauses der Fürsorgeerziehung dringend bedürftig zu sein scheine. Die sozialdemokratischen Abgeordneten erfreuen sich nicht einer so unbegrenzten Duldung des Präsidiums. Sachlich war der Malkewitzschen Rede zu entnehmen, daß die Konservativen in der Kommission dafür sorgen wollen, auch dem Mittelstand die Möglichkeit eines Aufrückens in eine höhere Klasse zu geben.

Als würdiger Anhänger der Partei der Drehscheibe erwies sich der zweite nationalliberale Redner Dr. Krause-Königsberg. Es soll nicht geleugnet werden, daß er manches scharfe Wort gegen rechts fallen ließ, daß er überzeugend die einseitige Bevorzugung der Konservativen bei der Besetzung aller höheren Verwaltungsposten nachwies, daß er mit guten Gründen die Bethmannsche Behauptung widerlegte, die preußische Regierung stehe über den Parteien. Dann aber zeigte er auch gleich seine andere Seite, seine Bewunderung vor der eminent lauteren Persönlichkeit des jetzigen Ministerpräsidenten, seinen grimmen Haß gegen die um ihr Recht kämpfende Arbeiterklasse. Unter einem Aufwand von viel Pathos wandte er die ganze Wucht am Schlusse seiner Rede gegen die äußerste Linke und wollte der Sozialdemokratie die nationale Gesinnung absprechen. Dabei verschmähte er das abgebrauchte Mittel der Herrschenden aller Länder nicht, die sozialdemokratischen Parteien des Auslandes als „national" gegen die sozialdemokratische Partei im eigenen Lande auszuspielen. Diese Methode ist zu abgeschmackt und so häufig widerlegt, daß unsere Gegner gut täten, sich diese abgestandenen Redensarten endlich zu verkneifen und mit besseren Gründen zu kommen, falls sie solche haben.

Ein Freikonservativer versuchte in der weiteren Debatte den Vorstoß seines Parteifreundes v. Zedlitz als harmlos hinzustellen, gerade wie im Reichstage die Konservativen Herrn v. Oldenburg nicht als ernst genommen zu sehen wünschten. Wer Herrn v. Zedlitz und den Einfluß dieses in seiner Art geschickten und gerissenen Politikers kennt, weiß, was von dieser mehr als faulen Ausrede zu halten ist.

Der letzte Redner war der freisinnige Abg. Fischbeck, unrühmlichst bekannt als Wortführer der bürgerlichen Linken beim vierfachen Mandatsraub. Hier gebärdete er sich stark oppositionell, sprach von den Parasiten, die sich um den Thron scharen, und einseitig egoistische Zwecke verfolgen, und verstieg sich sogar zu einer Rechtfertigung der aufpeitschenden Erbitterung über die Unzulänglichkeit der Bethmannschen Wahlreform.

Durch Annahme eines Schlußantrages nahmen die „gebildeten" Herren unseren Genossen die Gelegenheit, auf die gegen uns erhobenen Angriffe zu antworten. Das ist so die Manier der preußischen Granden, ihnen unbequemen Rednern das Wort abzuschneiden. Eine feine Gesellschaft!

Politische Rundschau

Deutschland.

Der preußische Kriegsminister und die kurhessische Verfassung.

Die Reichstagssitzung vom Sonnabend begann recht temperamentlos und mit einem erneuten scharfen Zusammenstoß zu enden. In einer Dauersitzung wurde der Rest des Militäretats erledigt. Unsere Fraktionsredner, die Genossen Zubeil und Böhle, fanden Gelegenheit, in zahlreichen Beispielen den Militärfiskus in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber und Grundstücksspekulant zu beleuchten. In abgeschmacktester Weise versuchte der nationalliberale Gymnasialprofessor Görcke aus Brandenburg, ein wütender Reichsverbändler, angebliche Mißstände in der Vorwärtsdruckerei in die Debatte zu ziehen, wurde aber von den Genossen Fischer und Stadthagen so gründlich abgeführt, daß er nur eine kleine Ausflucht zustande brachte. Selbst der Freisinnige Mommsen, wahrhaftig nicht der Sozialste seiner Fraktion, kennzeichnete richtig das Verfahren des Nationalliberalen, der sich zum Verteidiger des Militärfiskus aufwarf, von dem doch sogar der konservative Tischlermeister Pauli-Potsdam sehr böse Dinge zu erzählen wußte. Die in mancher Beziehung zutreffenden Ausführungen des Herrn Pauli schienen übrigens am allerwenigsten seine eigenen Parteigenossen zu interessieren, die sich ausgerechnet grade die Redezeit ihres Fraktionsbruders zur Frühstückspause auserkoren und nur eine zeitweise, bloß aus dem Edlen Gans zu Putlitz bestehende Schildwache im Saale zurückließ.

Als endlich der Militäretat zu Ende beraten war und den Freisinnigen Gelegenheit gegeben hatte, zum Zweck des Durchdrückens einer von der Kommission gestrichenen Regierungsforderung vorübergehend den Kaffernblock ins Leben zurückzurufen, erhob sich der Kriegsminister, um zu erklären, wie er seine Extratour auf das Gebiet der ehemaligen kurhessischen Geschichte gemeint wissen wollte. Wenn der Kriegsminister unsere Fraktion zu überrumpeln beabsichtigt hatte, so hat er sich getäuscht. Er fand den Genossen Ledebour gerüstet. An der Hand eines nationalliberalen Geschichtswerks zeigte Ledebour, wie grade in Kurhessen in anerkennenswerter Weise das Offizierkorps sich geweigert hatte, sich zum Diener des Verfassungsbruches herzugeben. Der Nachfahre des Menschenverkäufers und sein nichtswürdiger Minister Hassenpflug mußten erst fremde Schergen ins Land rufen, um den verfassungstreuen Widerstand des Volkes und der Volksvertretung zu brechen. Es ist begreiflich, daß ein preußischer Kriegsminister von 1910, obwohl er just aus Kurhessen stammt und obwohl selbst das reaktionäre preußische Kabinett von 1850 ausnahmsweise einmal auf seiten des Rechts stand, vor der Vereidigung der Truppen auf die Verfassung zurückschaudert. Ein verfassungstreues Heer würde ein Bollwerk sein gegen den Oldenburggeist. Der Oldenburggeist aber ist der ureigenste Geist des preußischen Militarismus, wie verschieden auch immer die Nuancen seiner Äußerung sind.

Solange Preußen das Preußen der Junker und der Dreiklassenschmach ist, wird jeder preußische Kriegsminister in dem Verfassungseide des Heeres den Untergang eben dieses Preußens sehen. Und nicht mit Unrecht. Nur der Kadavergehorsam stützt ein Staatswesen wie dieses . . . Darum auch der wilde wüste Jubel der Junker bei den Worten des Kriegsministers, daher diese an Menagerie und Tollhaus gemahnenden Tobsuchtsszenen der Krethius bei Ledebours Ausführungen. Und der rechte Flügel der Bourgeoisie, die Nationalliberalen, beteiligte sich, wenn nicht am Toben, so doch am Jubel . . . Wir sind im Preußen vor 1910 noch nicht so weit, wie im Kurhessen von 1810, wo bis auf ein paar Minister und Hofpfaffen alle Klassen für das Volksrecht einstanden . . .

Am Montag kommen Kali- und evtl. Stellenvermittlungsgesetz heran.

Heimarbeiterschutz.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes betr. den Schutz der Hausarbeiter zugegangen. Die Vorschriften des Gesetzes gelten für Werkstätten, in denen der Unternehmer mit seinen Familienmitgliedern arbeitet, oder in denen eine oder mehrere Personen gewerbliche Arbeiten verrichten, ohne von einem den Werkstattbetrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein. Als Werkstätten gelten auch Räume, die zum Schlafen, Wohnen oder Kochen dienen, sobald darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird. Die Unternehmer können angehalten werden, an einer allen Beteiligten zugänglichen Stelle Tafeln auszuhängen, die in deutlicher Schrift die Löhne enthalten. Die Arbeitsräume müssen so eingerichtet sein, daß die Hausarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit möglichst geschützt sind. Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle zu sorgen. Soweit sich bei der Herstellung, Verarbeitung oder Verpackung von Nahrungs- und Genußmitteln Gefahren für die öffentliche Gesundheit ergeben, können besondere Vorschriften für die Beschaffenheit der Werkstätten erlassen werden. Außerdem kann bestimmt werden, daß sie zu anderen Zwecken nicht benutzt werden dürfen. Gewerbetreibende, welche Hausarbeiter beschäftigen, müssen ein Verzeichnis all der Personen, die sie mit Hausarbeit beschäftigen, führen. Arbeit darf nur für solche Werkstätten ausgegeben werden, für welche der Nachweis vorgelegt wird, daß sie den gestellten Anforderungen genügen.

Eine neue Schädigung der Zivilberufsmusiker.

Der Reichstag hat sich vor einigen Tagen mit der Konkurrenz beschäftigt, die den Zivilmusikern von den Militärmusikern gemacht wird. Inzwischen hat die Militärverwaltung dazu beigetragen, daß diese Konkurrenz immer noch erdrückender wird. Die „Mil. pol. Korr." meldet:

„Die „guten patriotischen Ziele" der Kriegervereine sollen seitens der Truppenteile dadurch unterstützt werden, daß den Vereinen hinsichtlich der Stellung von Militärmusik zu ihren Festen und Veranstaltungen „in jeder Weise entgegengekommen wird". Während in allen anderen Fällen für das gewerbliche Spielen der Militärkapellen die mit den Zivilkapellen vereinbarten Mindesttarife maßgebend sind, können die Militärkapellen bei den Kriegervereinen auch zu geringeren Preisen spielen.

Die Militärkapellen dürfen also zum Schaden der Zivilberufsmusiker tarifbrüchig werden, wenn die „guten patriotischen" Ziele der Kriegervereinler diesen Tarifbruch erwünscht erscheinen lassen! Dabei sind die Kriegervereine genau so private Vereine, wie jeder andere Verein, der einmal Marsch- oder Tanzmusik braucht! Auf diese Weise wird der militärische „Patriotismus" großgezogen, indem man zu gleicher Zeit den schwer um ihre Existenz ringenden Steuerzahlern das Brot nimmt, die ihrerseits mit ihrem Gelde die Soldaten, auch die Militärmusiker, erhalten müssen!

Die Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen

nahmen gestern allenthalben einen guten Verlauf. In Berlin hatte der Polizeipräsident v. Jagow folgende Bekanntmachung erlassen:

Es wird das „Recht auf die Straße" verkündet.
Die Straße dient lediglich dem Verkehr.
Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch.
Ich warne Neugierige.
Berlin, den 13. Februar 1910.
Der Polizei-Präsident.
v. Jagow.

Trotzdem ist es nicht zu bemerkenswerten Zusammenstößen in Berlin gekommen. Nur in Rixdorf beliebte es die Polizei, auf die wehrlose Menge, die von den Versammlungen kam, einzuschlagen. Ernsthafte Verletzungen sind indes nicht zu verzeichnen. — In Halle wurde ein furchtbares Blutbad angerichtet. Mehrere Passanten, auch zwei Kinder, wurden schwer verletzt. Angeblich soll die Polizei angegriffen worden sein. — In Frankfurt a. M. ritt die Polizei in die wehrlose Masse hinein. Viele Personen wurden verletzt.

Wir werden morgen ausführlich über den Verlauf der Demonstrationen berichten.

Die Wahlrechts-Kommission.

Die aus 28 Mitgliedern bestehende Wahlrechtskommission des preußischen Landtages ist wie folgt zusammengesetzt: Konservative: Ahrens, von Blankenburg, v. Boehn, v. Gescher, Malkewitz, v. Oldenburg, Frhr. v. Richthofen, Sielermann, v. Tresckow; Freikonservative: Frhr. v. Zedlitz, Krause (Waldenburg), Rewoldt, Johannsen; Zentrum: Herold, Linz, Kirsch, Zimmer, Bell, Giesbert; Nationalliberale: Dr. Friedberg, Schiffer, Krause (Königsberg), Dippe; Freisinnige: Träger, Pachnicke, Fischbeck; Sozialdemokraten: Ströbel; Polen: Korfanty.

Die Aussichten der preußischen Wahlreform.

Der Berliner Vertreter der „Reinisch-Westfälischen Zeitung" schreibt hierüber: Wie wir von wohlunterrichteter Stelle erfahren, herrscht an maßgebenden hohen Stellen über das Schicksal der Wahlrechtsvorlage eine sehr pessimistische Stimmung. Kaiser und Kanzler hatten am Freitag eine fünfviertelstündige ernste Unterredung. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Nationalliberalen auf alle Fälle von der Forderung der geheimen Wahl nicht abgehen werden und das umsomehr, als sich bereits acht Freikonservative und vier Konservative bereit erklärt haben, im Plenum für die geheime Wahl zu stimmen. Somit darf als möglich erachtet werden, daß die Vorlage mit der Abänderung der geheimen Stimmabgabe bis ans Herrenhaus gelangt, wo sie allerdings keine Mehrheit finden wird. Die Regierung hofft jedoch noch auf die Annahme eines neuen Vermittlungsantrages, der mit Hilfe der vereinigten Konservativen und Nationalliberalen eingebracht werden soll.

Auflösung des Reichstags.

In den Couloirs des Reichstags wurde Sonnabend von einem Führer der früheren Blockmehrheit mitgeteilt, daß die Regierung entschlossen sei, den Reichstag im Frühjahr 1911 aufzulösen, um die Winterwahl zu vermeiden. Die Vornahme der Wahlen im Januar hätte — ganz abgesehen von den für alle Parteien bei der Wahlagitation gleich unangenehmen Witterungsverhältnissen — den Nachteil, daß der Reichstag bei seinem Zusammentritt im Herbst 1911 keine größeren gesetzgeberischen Arbeiten mehr in Angriff nehmen könnte, da seine Uhr bereits Mitte Januar abgelaufen wäre. Auch mit der Etatsberatung könnte nicht begonnen werden, weil sie vor dem Schluß der Legislaturperiode nicht mehr zu Ende geführt werden könnte. Der Plan geht dahin, die Versicherungsnovelle, welche noch vor Ostern dem Reichstag von neuem zugehen soll, in erster Lesung zu beraten und sie dann einer Kommission zu überweisen. Diese Kommission soll nötigenfalls, entweder den Sommer über tagen oder doch früher zusammentreten, damit das Plenum diese Arbeit im Winter 1910/11 neben dem Etat noch erledigen kann. Der Reichstag würde also demnach jetzt nicht geschlossen, sondern vertagt werden, weil bei einer Schließung die Kommission nicht früher tagen könnte.

Ob die Wahlen nun im Sommer oder Herbst des nächsten Jahres stattfinden, bleibt sich für die Sozialdemokratie gleich. Die Hauptsache ist, daß jetzt schon mit aller Energie die Agitation betrieben wird, damit wir jederzeit gerüstet und gewappnet dastehen!

Das Arbeitskammergesetz

ist dem Reichstage wieder zugegangen. Es lehnt sich teilweise an die Beschlüsse der Kommission an, die die Materie in der vorigen Session des Reichstages behandelt hat. Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge, sowie Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken werden der Arbeitskammer nicht angeschlossen. Wählbar ist, wer das 30. Lebensjahr beendet hat und einem der Gewerbezweige, für die die Arbeitskammer errichtet ist, seit mindestens einem Jahre im Hauptberufe angehört. Die Sitzungen der Arbeitskammer sind nicht öffentlich.

Ungültige Wahl.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags erklärte die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Wehl im 14. hannoverschen Wahlkreis für ungültig.

Wehl war im Wahlkreis Celle-Gifhorn-Peine mit 15 890 Stimmen gegen 7815 welfische und 7691 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden.

Bethmann-Hollwegs Wahlgesetz aus Rußland importiert.

Es ist für Herrn v. Bethmann-Hollwegs „Wahlreform" außerordentlich charakteristisch, daß das einzige Land, das der preußischen Regierung bewußt oder unbewußt als Vorbild gedient hat — Rußland ist. Nicht bloß in der grundlegenden Tendenz, dem Bestreben, die Sozialdemokratie aus dem Parlament zu entfernen und die Kluft zwischen der angeblichen Volksvertretung und dem Volke zu vertiefen, auch in den hierbei angewendeten Mitteln steht die preußische Regierung auf demselben Boden wie die Regierung des Zaren.

Genau wie Herr v. Bethmann-Hollweg, der soeben im Abgeordnetenhause tiefsinnig erklärt hat, die Forderung des Reichstagswahlrechts scheine ihm „ethischen und theoretischen Motiven" zu entspringen, hat die russische Regierung bei der Begründung des Wahlgesetzes für die erste Duma kategorisch erklärt, die Forderung des „allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts" sei eine leere Abstraktion. Dennoch stand das Wahlgesetz, das die Regierung des Zaren — unter dem Druck der revolutionären Ereignisse — ausarbeitete, trotz seiner zahlreichen Infamien und der Entrechtung großer Volksmassen, unendlich höher als das preußische Dreiklassenwahlsystem, das den Vätern dieses Wahlgesetzes als Vorbild vorgeschwebt hatte. Erst nach der Sprengung der ersten und der zweiten Duma und dem Staatsstreich vom 16. Juni 1907 vermochte die russische Regierung sich dem preußischen Ideal zu nähern, ja das letztere in der Spottgeburt eines neuen Wahlgesetzes noch zu übertreffen.

Die Mittel, die sie hierbei anwandte, erinnern an die Neuerungen, die der preußische Ministerpräsident in das bestehende Wahlgesetz hineintrug, um — wie es in der Begründung der Vorlage heißt — „eine Verbesserung des bestehenden Wahlsystems unter Beibehaltung seiner wesentlichen Grundlagen zu suchen."

Die Heraushebung aller Besitzenden aus der dritten Wählerklasse und ihr Aufrücken in die zweite Klasse entspricht vollkommen den Bestimmungen des Wahlgesetzes für die dritte Duma, die den Großgrundbesitzern und der städtischen Großbourgeoisie in sämtlichen Gouvernements die ausschlaggebende Rolle zuerkannte. Hier wie dort werden die „Mängel" des bestehenden Wahlsystems in der Weise korrigiert, daß der Abstand zwischen der ungeheuren Mehrheit des Volkes und den Besitzenden noch mehr erweitert und die politische Macht ausschließlich in die Hände der letzteren gelegt wird.

Noch frappanter ist die Ähnlichkeit zwischen der zweiten wichtigen Neuerung der Wahlrechtsvorlage und den entsprechenden Maßnahmen der Regierung Stolypin. Die Bureaukratisierung der zweiten Wählerklasse durch die Heraushebung der Militäranwärter aus der dritten findet ihr Analogon in der Kreierung einer ganzen Reihe von Mandaten für die „russische Bevölkerung", d. h. für die russischen Beamten, in den Grenzgebieten. Während die „fremdstämmige" Bevölkerung in den Grenzgebieten (Kaukasus, Polen) zwei Drittel ihrer Mandate beraubt wurde, damit die sozialistische und die polnische „Gefahr" beseitigt würde, wurden die russischen Beamten an die Urnen kommandiert, um den Staat zu retten. Allerdings, Herr v. Bethmann-Hollweg ist in dieser Beziehung konsequenter vorgegangen als sein russischer Kollege: die Segnungen dieser „Reform" erstrecken sich in Preußen nicht bloß auf einzelne Gebiete, sondern gleichmäßig auf das ganze Königreich.

Nichts charakterisiert so sehr die preußischen Zustände als folgende Tatsache: In Rußland wandte eine meineidige Regierung dies Mittel nach dem Staatsstreich an, um sich einer unbequemen Volksvertretung zu entledigen und das Volk offenkundig um seine Rechte zu prellen, in Preußen gibt die unter dem Kommando der Junker stehende Regierung diese reaktionären Neuerungen als „Reform" aus.

Sozialpolitisches aus dem Abgeordnetenhause.

In der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses wurde der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung beraten. Eine längere Debatte gab es bei dem Punkte Gewerbeinspektion. Die Nationalliberalen waren der Ansicht, man solle den Klagen in sozialdemokratischen Blättern nicht nachgehen. Eine Anfrage der Freisinnigen, ob man nicht auch Arbeiter bei der Gewerbeinspektion verwenden wolle, beantwortete der Minister dahin, daß erst die Erfahrungen abgewartet werden müssen, die mit den Sicherheitsmännern im Bergbau gemacht werden. — Mit den weiblichen Hilfskräften ist man sehr zufrieden; Nachteile seien nicht entstanden. Eine etatsmäßige Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten soll in Erwägung gezogen werden.

Für Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte an Fach- und Fortbildungsschulen werden 360 000 Mk. verlangt. Gewünscht wurde, daß mehr Praktiker als Lehrer angestellt werden sollen.

Der Dispositionsfond für Aufwendungen zu gemeinnützigen Zwecken verursachte gleich alls eine längere Auseinandersetzung. Die Konservativen bekämpften die Einrichtung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, während das Zentrum lebhaft für ihre Beibehaltung eintrat und eine erhöhte Unterstützung befürwortete. Auch der Minister befürwortete einen höheren Zuschuß.

Zur Förderung der nicht gewerbsmäßigen Arbeitsvermittelung und Rechtsberatung für Minderbemittelte sind 65 000 Mk. in den Etat eingestellt. Der Verband gemeinnütziger Arbeitsnachweise bittet um eine Erhöhung des Fonds auf 250 000 Mk., was aber vom Minister abgelehnt wird. Den Konservativen liegen die gewerkschaftlichen Arbeitersekretäre sehr schwer im Magen, deshalb verlangen sie, die Gemeinden sollen mit allen Mitteln dieser Einrichtung entgegenarbeiten. Ein konservativer Redner bedauert auch, daß es bisher nicht möglich gewesen sei, die Rechtsberatung für Arbeiter den „roten Genossen" aus den Händen zu nehmen. Und ein konservatives Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie benutzte die Gelegenheit, um die Auskunftsstellen des Reichsverbandes in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Nach weiteren Erörterungen über die Unterstützung der Handwerkskammern, Meisterkurse und kleingewerblichen Genossenschaften, und nach Überweisung einer Petition des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise an die Regierung als Material, wurde dem Etat zugestimmt.

Zollschikanen gegen Frankreich

wünscht ein von der nationalliberalen Reichstagsfraktion eingebrachter Antrag im Reichstag, der verlangt, die Frankreich zugestandenen Zollermäßigungen auf Schaumwein, Branntwein, Arrak, Rum, Kognak, Äther, Parfümerien mit dem Inkrafttreten des französischen Zolltarifs wieder aufzuheben und der den Reichskanzler auffordert, in Erwägung darüber einzutreten, bezüglich welcher französischer Einfuhrartikel, soweit sie nicht handelsvertraglich gebunden sind, für den Fall, daß der französische Zolltarif wesentliche Erschwerungen für die deutsche Einfuhr nach Frankreich entfalten sollte, die Zollsätze in entsprechender Weise zu erhöhen sind.

Der Oldenburg.

Junker Oldenburg der Januschauer hat den Versuch unternommen, die Staatsstreich- und Hochverratsdrohung, die er am 29. Januar im Reichstag leistete, feige abzuschwächen. Er suchte den Sinn seiner Äußerung — der Kaiser muß jederzeit einem Leutnant sagen können: Nehmen Sie zehn Mann und lösen Sie den Reichstag auf! — dahin zu deuten, daß er den Ausdruck der äußersten Konsequenz der Disziplin habe bezeichnen wollen. Natürlich war niemand im Zweifel, daß das nur eine armselige Kneiferei des Oldenburg war, dessen Offenherzigkeit seinen Parteifreunden unbequem wurde. Und niemand zweifelt daran, wie die Herren Junker wirklich über Reichstag und Volksrechte gesonnen sind.

Zum Überfluß kommt uns eine Notiz in die Hände, die von einer Rede des edlen Oldenburg berichtet, gehalten am 22. Dezember 1906 in Konitz. Da sagte er u. a.:

Wenn die Landtage durch das allgemeine Wahlrecht gewählt werden, ist jeder Konflikt und jeder Zusammenstoß durch dieses mollsche Nachgeben auf die Bajonette getrieben, und zwar auf die preußischen. Und das ist die große Gefahr, die das Reich bedroht. Hier gibt es kein anderes Mittel als die rohe Gewalt, während uns durch Bismarck eine Menge Mittel zur Verfügung standen, die allmählich zerronnen sind. Und das ist es, was das Deutsche Reich zur Diktatur treibt.

Derselbe Gedankengang wie am 29. Januar dieses Jahres! Wenn es nicht nach junkerlichen Weisungen geht, wenn das deutsche Volk in seiner Weise politisch leben will, so appelliert der Junker an die Säbeldiktatur.

Besonders beschämend ist es für die Liberalen, daß sie bei der Reichstagswahl von 1907 einem solchen Staatsstreichler im Wahlkreise Elbing in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten zum Siege verholfen haben!

Lex Pfui!

Die Gesinnungsgenossen der Diest-Daber, Oldenburg, Kreth, usw. fühlen sich durch das Auftreten der kleinen sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhause schwer in ihrem ästhetischen Empfinden verletzt. Besonders hat ihnen das „Pfui!" in der Donnerstag-Sitzung unangenehme Verdauungsstörungen verursacht. Reicht dieser Ausruf auch sicherlich nicht an das schöne Ansinnen hinan, das einst Herr v. Diest-Daber im Zirkus Busch an die Feinschmeckerei der preußischen Minister stellte, so hat doch seit der Sättigung der Agrarkonservativen durch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle sich ihr Benehmen gegenüber den Ministern wesentlich verfeinert. Die Konservativen haben deshalb im Verein mit der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses beschlossen, eine „Lex Pfui!" einzubringen, die dem Präsidenten gestattet, die obstinaten sozialdemokratischen Abgeordneten, die in bezug auf den guten Ton nicht den neuen, sondern den alten konservativen Traditionen folgen, aus dem Sitzungssaale hinauszubefördern.

Die „Kreuzztg." berichtet darüber:

„Die Störungen, die die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses zu Beginn und im Verlaufe der gestrigen Sitzung hervorgerufen hat, haben in den Kreisen der Rechten und des Zentrums den Wunsch geweckt, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses größere Machtvollkommenheiten zur Aufrechterhaltung bezw. Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung während der Sitzungen erhalte. Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses gibt bisher dem Präsidenten nur das Recht, Ordnungsrufe zu erteilen. Darüber hinaus ist er vollkommen machtlos. Man wünscht deshalb eine Änderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses und denkt dabei die Macht des Präsidenten wenigstens so zu erweitern, wie es im Deutschen Reichstage der Fall ist. Dem Präsidenten des Deutschen Reichstages steht nämlich außer dem Recht des Ordnungsrufes nach der Geschäftsordnung auch die Befugnis zu, widerspenstige Abgeordnete von der Sitzung auszuschließen. Von diesem Recht hat beispielsweise während der Zolltaridebatten des Jahres 1902 der damalige Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode gegenüber dem Abg. Singer Gebrauch gemacht. Allerdings vermag nach der Geschäftsordnung des Deutschen Reichstages der Vorsitzende nur den Ausschluß von der Sitzung auszusprechen; die tatsächliche Durchführung ist ihm, falls der betreffende Abgeordnete nicht freiwillig die Sitzung verläßt, unmöglich gemacht. In dem erwähnten Falle ist der Abg. Singer auch in der Tat trotz des Ausschlusses im Sitzungssaal geblieben, worauf dem Vorsitzenden nichts anderes übrig blieb, als die Sitzung auf kurze Zeit zu unterbrechen. Als bei Wiederaufnahme der Abg. Singer wieder im Saale anwesend war, erklärte der Vorsitzende, daß er nicht die Möglichkeit habe, ihn aus dem Saale entfernen zu lassen, daß er ihn aber zur Mitarbeit während der ganzen Sitzung nicht zulassen werde. Bestimmte Vorschläge über die Änderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses sind bisher nicht formuliert, doch hat man, wie erwähnt, die Absicht, die Geschäftsordnung nach dem Muster des Deutschen Reichstages zu verschärfen."

Die Herrschaften haben doch anscheinend eine große Angst vor der kleinen sozialdemokratischen Landtagsfraktion, denn sonst würden sie nicht zu solchen Unterdrückungsmaßnahmen greifen wollen. Unsere Genossen im Dreiklassenparlament werden sich durch diese Knebelungsbestimmung natürlich nicht abhalten lassen, nach wie vor ihre Pflicht zu erfüllen, unbekümmert darum, ob es den Junkern und Pfaffen gefällt oder nicht!

Die politische Tätigkeit der Innungen.

Der Rat der Stadt Leipzig hat an die Innungen folgendes Schreiben gerichtet:

Leipzig, den 29. Januar 1910.

Nach den Haushaltplänen verschiedener Innungen werden der Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen regelmäßig Beiträge aus Innungsmitteln zugeteilt. Die Verwendung von Innungsmitteln für die Mittelstandsvereinigung, die in der letzten Zeit ihre Tätigkeit auf politische Gebiete erstreckt hat, ist aber gesetzlich und statutarisch unstatthaft. Solange die Mittelstandsvereini-

gungen politisch tätig sind, haben daher die Innungen es künftig zu unterlassen, Beiträge zur Mittelstandsvereinigung aus Innungsmitteln zu leisten.

Der Rat der Stadt Leipzig.
Gewerbegericht.

Daraufhin hatte die Mittelstandsvereinigung die Innungen aufgefordert, nach wie vor Beiträge zu zahlen, da sie keine politische Tätigkeit ausübe, vielmehr am 22. November beschlossen habe, sich von jeder parteipolitischen Betätigung streng fernzuhalten. Das Organ des Rates der Stadt Leipzig, das „Leipziger Tageblatt" bemerkt dazu: daß die Mittelstandsvereinigung bei den letzten Landtagswahlen, die am 21. Oktober stattfanden, in hervorragendem Maße agitiert hat und politisch tätig gewesen ist, kann niemand bestreiten. Beweis: Die Mittelstandsvereinigung hat eigene Kandidaten aufgestellt und ein Wahlprogramm verbreitet, das u. a. auch zu sehr wichtigen, rein politischen Problemen Stellung nahm. Am 22. November, d. h. nachdem man auch noch bei den Stichwahlen mitgemacht hatte, wurde dann vom Landesvorstand der Vereinigung der nach einer solchen Betätigung gewiß humoristisch anmutende Beschluß gefaßt, daß sich die Mittelstandsvereinigung „von jeder parteipolitischen Betätigung streng fernhalte".

Es ist somit die politische Tätigkeit der Innungen aufs neue bestätigt worden.

Eine liberale Stimme aus Süddeutschland.

Zu den Vorgängen im preußischen Abgeordnetenhause schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten" redaktionell:

Es handelt sich bei dieser wichtigen Beratung um die Ordnung des obersten Volksrechts, nicht um ein staatsbürgerliches und politisch philosophisches Kollegium. Zur Debatte steht die für das ganze Reich und namentlich für uns im Süden so ungemein ernste Sache der Reform eines durch und durch unhaltbaren Wahlsystems des führenden Bundesstaates. Und ist nicht das Wahlrecht eben das wichtigste Volksrecht und damit ein wesentliches Mittel zur Erziehung des Volkes zu politischer Reife? Sollte der Reichstag gelegentlich noch so schlecht arbeiten, am Wahlrecht liegt die Schuld nicht, denn dasselbe Wahlrecht hat ja auch das Reich begründen helfen, es hat des Reiches Heer und Flotte fundiert, die soziale Gesetzgebung machen helfen, die uns an die Spitze der Kulturvölker gestellt hat. Alle „Wahrheiten", die Herr von Bethmann-Hollweg vorbrachte, beweisen nichts gegen das Reichstagswahlrecht und nichts für die durchaus unzulängliche und unfreiheitliche „Wahlrechtsreform", mit der man den führenden Bundesstaat einfach um seinen moralischen Kredit vor den übrigen Bundesstaaten bringt.

Die Junker und ihre Helfershelfer werden sich um diese vernünftigen Darlegungen nicht kümmern!

Finnland.

Der neue Landtag wird, wie nunmehr feststeht, bestehen aus 42 Altfinnen, 28 Jungfinnen, 26 Schweden, **86 Sozialdemokraten**, 17 Agrariern und einem christlichen Arbeiter. 15 Frauen wurden zu Deputierten gewählt, darunter neun Anhängerinnen der Sozialdemokratie. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 789 633. Die Sozialdemokratie hat auch bei dieser Wahl wieder glänzend abgeschnitten.

Vereinigte Staaten.

Kein Fleisch mehr im Topfe des amerikanischen Arbeiters. Man schreibt aus Neuyork: Die amerikanische Union steht im Zeichen der Boykotts gegen die Nahrungsmittelrusts. Um die Mitte des Januar fing es in Cleveland an. Dort verpflichteten sich 20 000 Familien mit etwa 80 000 Köpfen schriftlich zur Fleischenthaltsamkeit, bis die Preise heruntergesetzt seien. Dann sprang die Bewegung auf Omaha, Nebraska über, und darauf war es das Federated Trades Counzil (Gewerkschaftskartell) von Milwaukee, der sozialistischen Hauptstadt Amerikas, das einen Beschluß zugunsten des Boykotts faßte und zum 15. Februar eine Massenversammlung zu dem gleichen Zweck einberief. Der gewerkschaftliche Zentralkörper Pittsburgs folgte am 20. Januar, indem er einen Fleischboykott von 60 Tagen beschloß. In wenigen Tagen nahm die Bewegung dann riesige Dimensionen an. Bereits eine Woche, nachdem sie in Cleveland eingeleitet war, wurde es in der Presse als sicher bezeichnet, daß eine Million Menschen an dem Boykott beteiligt seien, der sich mittlerweile auf Maryland, Delawares, Wisconsin, Missouri, Iowa, Michigan und Illinois ausgedehnt und auch schon in Pennsylvanien, Connecticut und Kansas Fuß faßte. Sowohl aus Pittsburg, wie aus Cleveland wurde am 25. Januar berichtet, daß 125 000 Menschen den Boykott aufgenommen hätten. In Neuyork zögern die Arbeiter noch, von der unfreiwilligen Verminderung des Fleischgenusses zur organisierten Entsagung fortzuschreiten; in Chicago wird der Kampf dagegen sehr energisch und nicht ohne Erfolg geführt. In Baltimore wirkt die Federation of Labour in gleicher Richtung mit bürgerlichen Frauenverbänden zusammen. Natürlich konnte der Boykottsturm beim Fleisch nicht Halt machen, da ja ungefähr alle anderen Nahrungsmittel ebenfalls enorm verteuert sind, und zwar einschließlich des Brotes. Man hört aus allen Teilen des Landes von Boykottierung auch der Milch, der Butter, der Eier usw.

Daß der Boykott seine augenblickliche Wirkung auf die Marktpreise nicht verfehlt, ist unleugbar. Die unmittelbare Einbuße im Fleischhandel trifft aber viel weniger den Trust als die unabhängigen Schlächter und kleinen Händler, denn der Fleischtrust kann die boykottierte Ware in seinen riesigen Kühlhäusern aufbewahren und warten, bis die Arbeiter, soweit sie sich den Luxus noch leisten können, wieder zu seinen Fleischtöpfen zurückkehren. Der Boykottschaden wird dann reichlich wieder eingebracht. Innerhalb der Arbeiterschaft regt sich denn auch bereits eine Reaktion gegen die Boykottidee. Gerade in Cleveland, von wo die Bewegung ihren Ausgang nahm, war es acht Tage später die berufene Vertretung der organisierten Gesamtarbeiterschaft, die gegen den Boykott Stellung nahm und den Kampf um höhere Löhne und die Errichtung eines städtischen Schlachthauses als wirksamere Heilmittel bezeichnete. Und die gleiche Körperschaft in Toledo erklärte den Boykott, insofern er von bürgerlicher Seite geschürt wird, gar als einen hinterlistigen Versuch, die Arbeiterlöhne zu beschneiden, indem man die Arbeiterschaft an bedürfnislosere Lebensweise gewöhnt. In dieser Auffassung stimmt jedenfalls die verdächtige Begünstigung des Boykotts durch die großkapitalistische Presse, die freilich nicht durchweg so ehrlich ist, wie die „New Yorker Evening Post", die es als das Gute des Boykotts hinstellt, die Arbeiterfamilien zu überzeugen, daß eine vegetarische Ernährungsweise weit besser ist, als man gewöhnlich glaubt. Bedeutend mäßiger ist schon die Begeisterung dieser Blätter über die in einigen Städten in Umlauf gesetzte Massenpetition um zollfreie Einfuhr von Fleisch und die Erhebung eines Ausfuhrzolles. Beide Maßregeln könnten dem Trust weiter keine Beschwerden machen, wenn seine Erklärung, daß die Ursache der hohen Preise in der Viehknappheit liege, ebenso wahr wäre, wie sie gelogen ist. Die Parteipresse hat von vornherein den auf kleinbürgerliche Experimente hereinfallenden amerikanischen Arbeitern zugerufen: Kein Hungerstreik! Kampf! Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiter!

Das beste des Boykotts ist seine alarmierende Wirkung auf die öffentliche Meinung, der von ihm ausgehende Geist der Empörung gegen das Übel. Ein deutschbürgerliches Blatt Neuyorks zitierte dieser Tage folgendes Eingeständnis des republikanischen Senators Elkins von West-Virginia: „Die jetzigen Zustände lassen sich nicht viel länger ertragen, denn die Arbeiterlöhne sind von den Lebensmittelpreisen bereits überholt worden. Das bedeutet, daß die großen Massen nicht mehr menschenwürdig leben können. Wenn eine Familie nicht hungern soll, müssen die Kinder in zartem Alter zur Arbeit getrieben werden, um verdienen zu helfen. Das ist der Untergang der Zivilisation". Daß der Senator, der keine andere als die kapitalistische Zivilisation kennt, nicht zu schwarz sieht, bewies am gleichen Tage folgende bürgerliche Zeitungsmeldung aus St. Louis: „Die hohen Lebensmittelpreise haben viele Familien gezwungen, ihre Kinder anstatt in die Schule zur Arbeit zu senden. Noch nie vorher sind so viele Gesuche um Arbeitszertifikate für Kinder beim Fabrikinspektor eingelaufen und fast in jedem einzelnen Falle als Begründung die herrschende Teuerung angegeben." Schlimmere Erfahrungen sollten nicht nötig sein, um ein Volk klug zu machen!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 14. Februar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Recht kleinlaut ist der Hirsch C. geworden, der im hiesigen Freisinnsblatte die freiorganisierten Arbeiter und den „Lübecker Volksboten" verleumdete. Nachdem wir ihm zweimal recht deutlich die Flötentöne angesagt haben, hofft der Biedermann nunmehr darauf, daß ihm ein günstiger Wind die nicht existierende Nummer unseres Blattes ins Haus wehen werde, welche er angeblich als Unterlage für seinen elten Anwurf benutzt hat. Wer so lange lebt, bis diese Zeitung gefunden ist, kann älter als Methusalem und Ahasverus werden. Der arme Kerl, der so kläglich in seiner eigenen Schlinge zappelt, kann uns jetzt beinahe leid tun. Er scheint seine miserable Arbeit auf Bestellung gemacht zu haben und war wohl noch nicht so recht in der Reichsverbandsbranche bewandert, um für jede Unwahrheit eine zweite zur Begründung bereit zu haben.

Die Reform des Beamtenbesoldungsetats, welche gegenwärtig eine Kommission des Bürgerausschusses beschäftigt, gibt einzelnen höheren Beamtenkategorien jetzt Veranlassung, lebhafte Klage darüber zu führen, daß man sie nicht genügend bedacht hat. Besonders die Richter sind darüber erbittert, wie sie in dem ihnen nahestehenden Blatt erklären lassen, daß ihre Hungerlöhne, die jetzt 5000 bis 8300 Mark und in Zukunft zuletzt 8500 Mark betragen, nicht gleich um große Summen erhöht werden sollen. Es macht stets einen eigenartigen Eindruck, wenn diejenigen gut bezahlten Leute, die den Arbeitern Zufriedenheit bei Brotsuppe und ähnlichen lukullischen Genüssen predigen, „erbittert" sind, wenn ihnen nicht gleich Zulagen gewährt werden, die ungefähr dem Jahresverdienste eines Arbeiters entsprechen. Die Herrschaften sind natürlich nicht „erbittert" darüber, daß ein Teil der schlechtest bezahlten Beamten, so die Feuerwehrleute, auch in Zukunft mit einem Gehalt abgespeist werden sollen, das unter heutigen Verhältnissen sicherlich nicht mehr zur Bestreitung einer angemessenen Lebenshaltung ausreicht. Ganz abgesehen von den städtischen und staatlichen Arbeitern, die man mit einer gänzlich unzureichenden Ruhelohnkasse abzuspeisen gedenkt. Und zu dieser Kasse sollen die Arbeiter von ihrem kärglichen Verdienst noch verhältnismäßig recht erhebliche Beiträge zahlen. Nach unserer Meinung ist eine Gehaltserhöhung nicht für die Oberbeamten notwendig, die schon jetzt über sehr ansehnliche Bezüge verfügen, sondern für die Arbeiter sowie die unteren und mittleren Beamten.

Jahresbericht der Verwaltungsstelle Lübeck des Deutschen Buchbinderverbandes. Die Verwaltungsstelle erledigte im Jahre 1909 ihre Geschäfte in 11 Mitgliederversammlungen, 2 außerordentlichen Versammlungen und 1 Generalversammlung. Der Vorstand hielt 6 Sitzungen ab. Zur Belehrung und zur Pflege der Geselligkeit fanden zwei Vortragsabende, 2 Ausflüge und 1 Weihnachtsfeier statt. Der Mitgliederbestand war folgender: Am 31. Dezember 1908 31 männliche, 13 weibliche; neu aufgenommen 5 männliche, 7 weibliche, zugereist 17 männliche, abgereist 17 männliche, ausgetreten 4 männliche, 10 weibliche, mithin Bestand am 31. Dezember 1909 32 männliche, 10 weibliche Mitglieder. Die Gesamteinnahmen der Verbandskasse betrugen Mk. 2860,30. Verausgabt wurden für Reiseunterstützung Mk. 215,25, für Krankenunterstützung Mk. 27,40. Der Rest von Mk. 2617,65 wurde an die Verbandskasse abgeführt. In der Lokalkasse waren inkl. Bestand 463,58 Mk. vorhanden. An Ausgaben waren u. a. zu verzeichnen: Streikunterstützung für Schweden 86,50 Mark, für Bildungszwecke 25 Mk. Der Lokalbeitrag wurde von 5 Pfg. auf 10 Pfg. pro Woche erhöht und dementsprechend die Lokalunterstützung für ausgesteuerte und noch nicht bezugsberechtigte Kollegen von 50 Pfg. auf 1,50 Mk. beziehungsweise 75 Pfg. erhöht. Der zu Pfingsten hier stattgefundene Gautag der Gaue 6 und 7 beschloß, im Herbst 1909 im ganzen Gau in eine Lohnbewegung einzutreten, was auch geschah. Als Resultat derselben sehen wir in über 20 Orten einen festen Tarifabschluß. Was das für die Provinz bedeutet, werden alle die Kollegen zu würdigen wissen, die teilweise heute noch beim Meister in Kost und Logis sind. Alles in allem bot das verflossene Jahr für uns ein befriedigendes Bild; doch mag hier noch die Mahnung am Platze sein, nie zu erlahmen in dem Bestreben, immer mehr Kollegen und Kolleginnen für die Organisation zu gewinnen.

Die neuen Postkarten. Bei den Postkarten ist bekanntlich auf dem letzten Postkongreß in Rom die linke Hälfte der Vorderseite dem Absender für schriftliche Mitteilungen freigegeben worden. Diesem Beschluß entspricht schon das jetzige amtliche Formular der Postkarten. Die Striche für die Aufschrift lassen seit längerer Zeit links auf der Vorderseite einen Rand von fünf Zentimetern frei. Nur oben kommt auf diesen Teil der Karte das Wort Postkarte zu stehen. Auf Ansichtspostkarten der Privatindustrie ist meist ein größerer Raum links auf der Vorderseite durch einen Trennungsstrich für Mitteilungen freigehalten. Diesem Beispiel werden, wie angekündigt, in Zukunft auch die amtlichen Formulare folgen. Sie erhalten ebenfalls einen senkrechten Trennungsstrich. Das Muster für diese Formulare ist jetzt vom Reichspostamt endgültig festgesetzt worden und der Reichsdruckerei zur Herstellung der Karten zugegangen. Der senkrechte Trennungsstrich kommt 6,3 Zentimeter rechts vom linken Rande zu stehen. Da die Postkarten 14 Zentimeter breit sind, so wird also nicht ganz die Hälfte für Mitteilungen freigegeben. Der Aufdruck Postkarte fällt aber nicht mehr auf den linken Teil der Karte für die Mitteilungen, sondern kommt rechts von dem Trennungsstrich zu stehen. Auch für die deutschen Schutzgebiete werden neue Postkarten ausgegeben, die dem neuen Muster für das Reichs-Postgebiet und Württemberg entsprechen. Natürlich werden auch die neuen Karten für die deutschen Postanstalten im Auslande, in der Türkei, in China und in Marokko verwendet. Sie erhalten in diesem Falle den vorgeschriebenen Aufdruck auf den Wertstempel. Die neuen Postkarten kommen zur Ausgabe, wenn die alten Bestände aufgebraucht sind.

Die Not der Zeit. Den Offenbarungseid leisteten im Monat Januar 25 Personen, darunter 6 Frauen, vor dem hiesigen Amtsgericht. Unter den Manifestanten befinden sich 4 Wirte.

pb. **Diebstähle von Kleidungsstücken.** Von dem Hausflur des Hauses Johannisstraße 9 wurde am 12. d. Mts., nachmittags gegen 3 Uhr, ein schwarzer Überzieher ohne Sammetkragen und ein Regenschirm mit graugrüner, geriffelter, gebogener Krücke auf braunem Stock gestohlen. — Von dem Garderobenständer in der öffentlichen Lesehalle wurde gestern ein graugrüner Winterüberzieher mit braunem Futter, einer Reihe Knöpfe und Ärmelaufschlägen, an denen sich je ein großer Hornknopf befand, ferner ein schwarzer steifer Filzhut mit gelbem Schweißleder, Marke „Reform", und ein Regenschirm mit Stahlstange und gebogener Krücke gestohlen. In dem Überzieher befanden sich 1 Paar graue Handschuhe, ein weißer Kragenschoner und eine Zigarrentasche aus braunem Leder.

pb. **Betrug.** Festgenommen wurde ein Händler aus Schwartau, weil er sich des Betruges zum Nachteil eines hiesigen Kaufmanns schuldig gemacht hatte.

pb. **Ein schlechter Kollege.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Bäckergeselle aus Hamburg, der einem in einer hiesigen Herberge wohnhaften Bäckergesellen verschiedene Kleidungsstücke gestohlen hatte.

pb **Wegen Diebstahls zur Anzeige gebracht** wurde der frühere Gärtner, jetzige Arbeiter Johannes Schäper, geboren am 27. 9. 1887 in Selmsdorf. Schäper hat seinem Logiskollegen 400 Mk. bares Geld gestohlen und ist mit demselben flüchtig. — Zur Anzeige gebracht wurde ein Plättmädchen, das bei ihrem Arbeitgeber mehrere Diebstähle ausgeführt hat.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Dienstag, erscheint die große Oper „Carmen" von Bizet wieder auf dem Spielplan. Für Mittwoch befindet sich bei ermäßigten Mittwoch-Preisen Meyer-Försters wirkungsvolles Schauspiel „Alt-Heidelberg" in Vorbereitung. Ferner wird im Schauspiel die Novität „Strandkinder" von Hermann Sudermann vorbereitet, und in der Oper „Zar und Zimmermann" von Lortzing sowie „Cavalleria rusticana" von Mascagni und „Der Bajazzo" von Leoncavallo.

Kiel. Die eigenartige Justiz der Militärgerichte kann kaum drastischer zutage treten, als durch zwei Urteile, die dieser Tage hier gefällt wurden. Am Montag dieser Woche wurde vom Kriegsgericht des 1. Geschwaders in Kiel der Bootsmannsmaat Treede vom Linienschiff „Schlesien" wegen geradezu scheußlicher Quälerei von Mannschaften während der kalten Winterzeit in mehr als 50 Fällen, zu ganzen drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nicht einmal auf Degradation wurde gegen den vorzüglichen Stellvertreter Gottes erkannt. Anders sieht die Sache aus, wenn ein gewöhnlicher Soldat, sei es, wie es zumeist geschieht, in angeheitertem Zustande, sich Ausschreitungen, die vielleicht im bürgerlichen Leben mit wenigen Wochen Gefängnis oder Haft bestraft werden, zu schulden kommen läßt. Das zeigt ein anderer Fall, der sich Freitag vor dem hiesigen Kriegsgericht abspielte. In der Nacht zum 2. Januar hatte der Seesoldat Max Seibel während seines Urlaubs in Falkenstein in Sachsen ein Renkontre mit dem Unteroffizier Ebersbach vom 133. Infanterieregiment. Seibel stand mit einigen Freunden auf der Straße, als Ebersbach mit seinem Bruder vorüberging. Weil er den Unteroffizier nicht ordnungsgemäß gegrüßt hatte, entstand ein Wortwechsel, in dessen Verlauf Seibel den Unteroffizier beim hochaufgeschlagenen Mantel packte, um, wie er erklärte, zu sehen, ob er es wirklich mit einem Vorgesetzten zu tun habe. Als dieser darauf blank zog, drangen die Freunde des Soldaten auf ihn und seinen Begleiter ein und nahmen ihm den Säbel fort. Seibel aber schlug den Ebersbach zweimal ins Gesicht, so daß dieser blutete. Diese unbesonnene Tat sollte ihm teuer zu stehen kommen. Vor dem Kriegsgericht versuchte er sich zwar damit zu entschuldigen, daß er wegen des hochgeklappten Mantelkragens nicht habe sehen können, daß er einen Unteroffizier vor sich hatte. Seine eigenen Kameraden mußten jedoch als Zeugen zugeben, daß ihnen in der Instruktionsstunde die äußeren Kennzeichen genau bekannt gegeben worden sind. Seibel wurde daher wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu drei Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt. Beantragt waren drei Jahre drei Monate Gefängnis.

Kiel. Zu dem Ehedrama in der Kaiserstraße wird noch folgendes berichtet: Der Arbeiter Scharnweber, der seine Frau am Freitagmorgen durch Messerstiche schwer verletzte, hat sich noch Freitag vormittag in Elmschenhagen freiwillig bei der dortigen Polizei gestellt unter der Angabe, daß er seine Frau ermordet habe. Weiter erklärte er folgendes: Am 5. Februar sei er nach dem Gute Kaltenhof gegangen. Dort habe er Arbeit gefunden. Als er jedoch abends nach Hause gekommen, sei seine Wohnung leer gewesen. Er habe sofort angenommen, daß seine Frau sich zu dem Arbeiter Helmich in der Kaiserstraße, mit dem sie ein Verhältnis unterhielt, begeben hatte. Mehrere Tage habe er vor der Wohnung gelauert, um die Verschwundene anzutreffen, doch stets vergeblich. In der Nacht zum 10. Februar habe er sich nochmals, und zwar mit einer geladenen Flinte, hinbegeben, um den Verführer seiner Frau zu erschießen. Da dort jedoch zu der Zeit sehr viele Personen vorübergingen, habe er die Tat nicht ausführen können. Am Freitagmorgen habe er sich wieder bei der Wohnung Helmichs eingefunden. Durch das Fenster habe er gesehen, daß seine Frau bei Helmich im Bette lag. Nachdem er eine Zeitlang gewartet, sei letzterer fortgegangen, er sodann ins Fenster gestiegen, um seine Frau zur Rede zu stellen.

Hierbei sei er in Zorn geraten und habe seine Frau mit dem Taschenmesser in den Leib gestochen. Beim Versuch der Verletzten, ihm mit einem Schaufelstiel zu Leibe zu gehen, habe er noch mehreremal auf sie eingestochen. Die Frau sei dann auf den Hof geflüchtet und dort zusammengebrochen. Bei dem Versuch, sie hoch zu heben, sei es ihm erschienen, daß die Gestochene bereits tot war. Hierauf sei er nach Elmschenhagen geflüchtet.

Westerland. Folgenschwerer Gerüsteinsturz. Sonnabend mittag stürzte das beim Kurhauserweiterungsbau verwendete große Saalgerüst zusammen. Sechs Arbeiter stürzten aus einer Höhe von zwölf Metern herab. Einer erlitt schwere, drei andere leichtere Verletzungen.

Stade. Drei Knaben ertrunken. Im nahen Guderhandviertel belustigten sich auf dem Eise eines tiefen Grabens drei Knaben im Alter von 6 bis 8 Jahren. Alle drei brachen ein und ertranken.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Der Barbier von Sevilla, komische Oper in 3 Akten von Rossini, ging am Sonnabend zum zweiten Male in dieser Spielzeit in Szene. Das ebenso graziöse wie melodiöse Werk fand infolge einer durchweg recht guten Wiedergabe eine sehr freundliche Aufnahme. Frl. Weber gab die Rosine mit vieler Schelmerei und sang die schwierigen Triller und Passagen mit glänzender Technik und kristallklarem Ton. Ein humorvolles Paar war der egoistische Doktor Bartolo und der reichsverbändlerische Musikmeister Basilio — der Mann bezeichnet nämlich die Verleumdung als das beste Mittel zur Bekämpfung des Gegners —, die von den Herren v. Schenk und Höttges in wirksamster Weise dargestellt wurden. Herr Fischer war ein gewandter Figaro, der dem sehr nett singenden Herrn Erb (Graf Almaviva) bei seinen Liebesabenteuern hilfreich zur Seite stand. Die musikalische Leitung wurde von Herrn Kapellmeister Pfeiffer mit der nötigen Lebendigkeit geführt.

Am gestrigen Sonntag gelangte d'Alberts Musikdrama „Tiefland" zur Aufführung. Frl. Kahler gab die Marta außerordentlich temperamentvoll und fesselnd im Gesang und in der Darstellung. Sie bot eine Leistung wie aus einem Guß, die vom Publikum durch rauschenden Applaus ausgezeichnet wurde. Nicht mindere Anerkennung verdienen die Herren Göbel (Pedro), Langefeld (Sebastiano) und Höttges (Tomaso) sowie Frl. Stretten (Nuri), deren Darbietungen vom vorigen Winter als vorzüglich bekannt sind. Das Werk wurde sehr beifällig aufgenommen.

P. L.

Spielplan der vereinigten Stadttheater
vom 15. bis 22. Februar.

Neues Stadttheater. Dienstag, 15. Februar: „Carmen." Große Oper von G. Bizet. Mittwoch, 16. Februar: „Alt-Heidelberg." Schauspiel von Meyer-Förster. Donnerstag, 17. Februar: „Zar und Zimmermann." Komische Oper von Alb. Lortzing. Freitag, 18. Februar: „Der Barbier von Sevilla." Komische Oper von Rossini. Hierauf: „Vision nach dem Ball." Ballett-Pantomime. Sonnabend, 19. Februar: „Das Konzert." Lustspiel von Herm. Bahr. Sonntag, 20. Februar, nachmittags: Volks-Vorstellung, jeder Platz 50 Pfg.: „Die Ehre." Schauspiel von H. Sudermann. Abends: „Cavalleria rusticana." Oper von Mascagni. Hierauf: „Der Bajazzo." Oper von R. Leoncavallo. Montag, 21. Februar: „Carmen." Große Oper von G. Bizet. Dienstag, 22. Februar: Zum ersten Male: „Strandkinder," von Sudermann. — In Vorbereitung: „Götterdämmerung," von R. Wagner.

Stadthallen-Theater: Freitag, 18. Februar: „Im weißen Rößl'." Lustspiel von Blumenthal und Kadelburg. Sonntag, 20. Februar: „Die Liebe wacht." Lustspiel von Caillavet und Rob. de Flers.

Kommunales.

Der Kreisausschuß in Offenbach hat Donnerstag in öffentlicher Sitzung dem Genossen Erkrath die Bestätigung zum Beigeordneten von Mülheim a. M. wiederum versagt, ohne eine Begründung seiner Entscheidung beizugeben.

Mittelstandsretterei. Der Rat und die Stadtverordneten in Zwickau i. S. beschlossen die Einführung einer Warenhaussteuer in der Annahme, dadurch dem Mittelstand helfen zu können; außerdem kamen aber auch noch steuerliche Gründe in Betracht.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Sonntag, 13. Februar.
D. Luise, Kapt. Niedermeyer, von Memel in 40 St.
Nissan, Kapt. Wennerström, von Göteborg in 31 St.
Hera, Kapt. Blomberg, von Smügen in 54 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Sonntag, 13. Februar.
Lily, Kapt. Olsson, nach Aarhus.
Luna, Kapt. Riemschüssel, nach Rotterdam.
D. Stockholm, Kapt. Dieckow, nach Königsberg.

Schiffsbewegungen.
D. Stadt Lübeck", Kapt. Ch. Beeth, ist Sonnabend nachmittag von Memel nach hier abgegangen.
D. Anneliese ist gestern morgen von Pillau auf hier abgedampft.
D. Elbe ist gestern früh von Reval auf hier abgegangen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Sonntag morgen 8¼ Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit unsere liebe gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter

Frau Sophie Prien Ww.
geb. Kröger

im fast vollendeten 66. Lebensjahre, tief betrauert von den Hinterbliebenen.
Beerdigung am Mittwoch morgen 10½ Uhr von der Kapelle Burgtor aus.
Trauerfeier 10¼ Uhr.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage hiermit allen, die ihr Beileid bezeugten, sowie Herrn Pastor Bernhard für die trostreichen Worte am Sarge, besonders dem Mecklenburger plattdeutschen Verein u. dem Bauarbeiterverband meinen herzlichsten Dank. **Louise Groth,** geb. Frahm.

Kleine Wohnung zu vermieten Heinrichstraße 3.

Sofort oder zum 1. April **eine Zweizimmerwohnung,** Waschküche u. gr. Keller, zu verm. Elswigstr. 9a.

Gesucht zum 1. Mai **ein ordentliches Mädchen** bei gutem Lohn. Waschfrau wird gehalten. Näheres zu erfragen Drögestr. 10. I.

Gesucht eine Waschfrau
für jeden Donnerstag
Segebergstraße 13. III.

Ein junges Mädchen kann unentgeltlich die **feine Damenschneiderei erlernen.**
Hansastraße 101. II.

Schneiderin empf. sich
in und außer dem Hause.
A. Petersen, Dornestr. 41, II., l.

Billig zu verkaufen **ein Kleiderschrank** Engelsgrube 43/17.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 13

Salon-Briketts 100 Pfd. 1.10 Mk. bei Abnahme von 10 Ztr. a 1.00 Mk. **frei Haus.** Bei Bestell. gen. Postk. Wiederverkäufer ermäßigte Preise.
C. Prestin, Wickedestr. 33.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk.

Kopf und Bein
Pfd. 25 Pfg.
Schweinefleisch
Pfd. 80 Pfg.
Adolf Schmidt
Moisling er Allee 65.

Beerdigungs-Institut „Pietät"
A. GRIMM, Wickedestr. 49.
Fernsprecher 1424.
Übernahme ganzer Beerdigungen Überführung m. eig. Transportwagen Lager v. Särgen u. Inkl. jed. Art.

Unübertroffen
ist der
Echt dänische Kautabak
der Firma: **C. W. Obel, Aalborg.**
Größte Fabrik Dänemarks.
General-Vertretung und Engros-Verkauf für Deutschland:
N. Holm & Co., Altona, h. gr. Jäger 24.
Zu haben in Lübeck bei:
Carl Lohmann, Holstenstr. 41 (Ecke Obertrave 1).

I. Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe"
Hüxstrasse 117. **Fr. Barby** Hüxstrasse 117.
Uebernahme ganzer Beerdigungen, auch Feuerbestattungen.
Ueberführungen von und nach auswärts.
Großes Lager in Kränzen und Grabkreuzen.

Aus meinem Leben
Von **August Bebel.**

Unser nun 70 Jahre alter Genosse Bebel hat in diesem Werke auf Wunsch vieler Parteigenossen seine Erlebnisse und Erinnerungen an die Oeffentlichkeit gebracht; auch wird darin der vielen falschen Urteile und gehässigen Anklagen, mit welchen B. so oft überschüttet wurde, gedacht, um zu zeigen, wie die Wahrheitsliebe seiner Gegner :: zu achten ist. ::
Allen Parteigenossen ist dieses Werk sehr zu empfehlen. Der erste Band, welcher bereits erschienen, ist zum Preise von Mk. 2.— elegant gebunden oder broschiert Mk. 1.50 erhältlich.
Der Verlag:
J. H. W. Dietz Nachfolger
:: **Stuttgart.** ::

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 46.

Arbeitslosen-Versammlung
am Mittwoch, dem 16. Februar
vormittags 10 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung:
Die heutige Arbeitslosigkeit.
Referent: **Johs. Stelling.**
Diskussion.
Der Einberufer.

Einladung zum
IV. großen Fest-Ball
veranstaltet vom
Handharmonika-Klub „Harmonia" und der Bedienung
am Donnerstag, dem 17. Februar 1910
im Etablissement des Herrn J. Benn, Louisenlust.
Um 10 Uhr große Husarenpolonäse.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wof. Garder.
Anfang 8 Uhr. Ende morgens. D. O.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gest. anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrm., Königstr. 62, b. d. Hüxstr.
Gebe rote Rabattmarken

Feinste gelbe Eßkartoffeln
5,50 Mk., hochfeine Magnum bonum, französische und Gesellschaftskartoffeln aus frostfreiem Keller, billig, frei Haus. Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
C. Heese, L. Jacobsen Nachf.
Meierstr. 26, Tel. 1440.

Achtung Schneider
Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 15. Febr.,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Bromme über: Wilhelm der Zweite und die Sozialdemokratie.
2. Jahresbericht.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
NB. In dieser Versammlung findet auch die Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse statt.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend.
(E. G. m. b. H.)
Generalversammlung
am Dienstag, 15. Febr. 1910,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Beschlußfassung über den Ankauf eines Grundstückes in Schwartau und die Bebauung desselben.
3. Ersatzwahl zum Aufsichtsrat.
4. Antrag des Vorstands und Aufsichtsrats auf Abänderung des Gesamtstatuts.

Der wichtigen Tagesordnung wegen haben **nur Mitglieder** gegen Legitimation Zutritt. Für die Angehörigen der Mitglieder sind besondere Plätze reserviert.
Der Aufsichtsrat
des Konsumvereins für Lübeck und Umg. e. G. m. b. H.
Rob. Waldburger, Vorsitzender.

Neues Stadttheater.
Dienstag, 15. Februar. 7½ Uhr
Carmen.
Große Oper von Bizet.
Mittwoch: **Ermäßigte Preise.**
Alt-Heidelberg.
Schauspiel von Meyer-Förster

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 37. Montag, den 14. Februar 1910. 17. Jahrg.

Die Abrechnung.

Am Freitag rechnete Genosse Ströbel im Dreiklassenparlament in gründlicher Weise mit den Vätern und Verteidigern des geplanten Wahlunrechts ab. Er führte aus:

Als wir Sozialdemokraten gestern dem Ministerpräsidenten den unerwarteten Empfang bereiteten, glaubten wir, daß auch andere Parteien in unseren Protest einstimmen würden. Wir glaubten das, weil die Wahlrechtsvorlage nicht nur eine Provokation der Sozialdemokratie bedeutet, sondern eine ungeheuerliche Provokation des ganzen preußischen Volkes. (Lebh. Zustimmung bei den Soz. Unruhe rechts.) Hinter der Sozialdemokratie stehen in Preußen zwei Millionen Wähler. (Erneute Unruhe rechts.) Und hinter den Parteien überhaupt, die eine Wahlreform im Sinne des Reichstagswahlrechts fordern, steht die Mehrheit der preußischen Wähler. (Sehr richtig! links.) Wenn wir die Nationalliberalen hinzurechnen, die ja auch eine gründliche Umgestaltung des Wahlrechts fordern, so ergeben sich von 6 881 000 Stimmen 5 128 000 Stimmen zugunsten eines freien Wahlrechts. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Demgegenüber haben die Konservativen, die Reichspartei und wie diese ultrareaktionären Elemente alle heißen, zusammen nur 1 758 000 Stimmen. (Hört, hört! bei den Soz. Unruhe rechts.) Das sind die Herren, die sich als die Vertreter Preußens aufspielen! Ein kleiner Bruchteil der Wähler steht hinter ihnen, und auch die nicht weil sie konservativ wählen, sondern zum Teil nur deshalb, weil sie leider an der politischen Unbildung leiden, die der Ministerpräsident so sehr beklagt hat.

Die ungeheure Mehrheit des Volkes fordert das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Regierung aber verweigert es auf Befehl der Junker. (Bravo! bei den Soz., Unruhe rechts.) Sie weiß auch warum. Wie oft sind Minister durch die Konservativen gestürzt worden, weil sie nicht mehr Lakaien der Junker sein wollten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wäre es nicht so und würde die Regierung aus eigener Überzeugung diese Wahlrechtsvorlage einbringen, so ist es um so schlimmer, denn dann beweist sie, daß sie Fleisch vom Fleische und Geist vom Geiste der Junker ist. (Lebh. Zust. b. d. Soz. Das wäre das allerschlimmste, was man einer Regierung nachsagen kann. (Lärm rechts.)

Nun ist allerdings wahr, auch wir Sozialdemokraten haben den Willen zur Macht, aber nicht im Sinne der Junker, sondern in dem Sinne, daß wir die Einführung gleicher Rechte für das ganze Volk und zum Wohle des ganzen Volkes verlangen. Das wird alle Zeit unser Wille zur Macht sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wollen nichts unterminieren, sondern erst einen wahrhaften Staat organisieren an Stelle der Zwangsinstitution, die gegenwärtig in Preußen besteht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Unruhe rechts.)

Es war sehr eigentümlich, daß der preußische Ministerpräsident, der doch zugleich deutscher Reichskanzler ist, das allgemeine Wahlrecht hier bekämpfte. (Sehr richtig! links.) Das läßt darauf schließen, daß er nicht sehr eingenommen für das Reichstagswahlrecht im Reiche ist. Der Ministerpräsident wird aber nicht behaupten können, daß die süddeutschen Staaten, die ein freies Wahlrecht haben, wie es nach ihm in Preußen nicht möglich sein soll, kulturell hinter Preußen zurückstehen. Wenn er das glaubt, mag er es sagen; die Antwort aus Süddeutschland wird er nicht hinter den Spiegel stecken. (Sehr richtig! links.) Gerade die Aufgaben, die Preußen noch vorbehalten sind, machen das gleiche Wahlrecht zur Notwendigkeit. Die Fragen der Justiz, des Schulwesens, der Staatsbetriebe und der sozialen Gesetzgebung zwingen das Proletariat geradezu, der Tätigkeit des Landtags die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei der Besoldungsreform haben die Unterbeamten am schlechtesten abgeschnitten. Sie haben das Gefühl, daß ihre berechtigten Ansprüche nicht befriedigt wurden. Wenn Sie das nicht müßten, so würden Sie nicht so lebhaft für die Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe eintreten. Auch die Staatsarbeiter erhalten menschenunwürdige Löhne. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Allerdings, die Militäranwärter sind schon bei der Besoldungsvorlage begünstigt worden.

Der Ministerpräsident hat den Geist der Beamtenschaft und der Verwaltung verherrlicht. Es soll nicht bestritten werden, es gibt unter den preußischen Beamten persönlich tüchtige Individuen. Aber eine Kritik des preußischen Verwaltungssystems müßte Bände umfassen. Fürst Bismarck sagte über unsere Bureaukratie: „Die Bureaukratie ist krebsfräßig an Haupt und Gliedern, nur ihr Magen ist gesund und die Gesetzesexkremente, die sie von sich gibt, sind der natürlichste Dreck von der Welt. (Hrkt. links.) Ich will hervorheben, daß dieser Ausspruch Bismarcks nicht auf unsere Wahlrechtsvorlage gemünzt war. (Heiterk.) Wenn aber gestern der konservative Redner den schlechten Ton der Sozialdemokratie beklagte und eine Redewendung meines Parteigenossen Ernst zitierte, so darf ich wohl bemerken, daß Herr Ernst nach seinen Ausdrücken das reinste Pensionsfräulein ist neben dem Zynismus und der urwüchsigen Drastik der Ausdrucksweise des Fürsten Bismarck. (Hrkt. b. d. Soz.)

Der Ministerpräsident erklärte, die Parlamente trügen zur Verflachung der politischen Bildung bei. Die Abgeordneten, selbst die Herren von der Rechten haben dazu geschwiegen. Vielleicht hatten sie mal einen Augenblick wirklicher Selbsterkenntnis. (Hrkt. b. d. Soz.) Würde wirklich der Parlamentarismus die politische Bildung verflachen, so würde sicherlich eine Rede, wie die gestrige des Ministerpräsidenten, nicht am wenigsten dazu beitragen. (Sehr gut! b. d. Soz. Unruhe rechts.)

Herr von Richthofen hat sich über den Empfang entrüstet, den wir dem Ministerpräsidenten gestern bereiteten. Er entspräche nicht dem guten Ton und der gegenseitigen Achtung. Als aber hier von einem Abgeordneten den sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber von „politischen Strolchen und Wegelagerern" gesprochen wurde, da zollte die Rechte frenetischen Beifall. Denken Sie auch daran, daß ein führender Konservativer das Wort „Bengel" einem unserer Abgeordneten zurief. Das ist Ihr guter Ton! Denken Sie auch an Herrn Diest-Daber: „Die Minister können uns sonst was", zu solchen lukullischen Genüssen werden wir einen Minister niemals einladen. (Gr. Hrkt.)

Herr von Richthofen hat sich sogar gestern gedrungen gefühlt, uns gegenüber mit seiner Bildung zu renommieren, damit daß er Englisch kann. (Zuruf des Abg. Frhr. v. Richthofen). So Französisch können Sie auch, wahrscheinlich können Sie auch Lateinisch, können mensa (der Tisch) deklinieren. Ein kleiner Junge, der so was kann, ist bisweilen stolz darauf, aber daß jemand hier im Landtag damit renommiert, das hat die Geschichte des preußischen Parlaments noch nicht gesehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr von Richthofen und Herr von Bethmann sollten einmal in einer Volksversammlung erscheinen und dort das Maß ihrer politischen Bildung erweisen. Ich glaube, wenn Herr von Bethmann sprechen würde, so würde das eine sehr beruhigende, besänftigende und einschläfernde Wirkung hervorbringen (Hrkt.) und um die Erfolge, die Freiherr von Richthofen erzielte, würde ihn wahrscheinlich ein Zirkusclown beneiden müssen.

Der Ministerpräsident stellte die Wahlrechtsfrage als eine interne preußische Angelegenheit hin, das ist nicht richtig. Der Grundsatz, daß Reichsrecht über Landesrecht geht, gibt schon dem Reichstag das Recht, sich mit dem Wahlrecht der Bundesstaaten zu befassen. (Sehr richtig b. d. Soz., Widerspruch rechts.)

Ich glaube, es waren konservative Blätter, welche erklärten: Das Versprechen der Krone ist unter Bülow gegeben, also braucht es unter Bethmann-Hollweg nicht eingelöst zu werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist eine offene Anreizung zur Ehrlosigkeit (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist der Respekt der bis in die Knochen königstreuen Junker vor dem Ansehen des Königs.

Fast alle Redner des Hauses haben es ausgesprochen, daß die Wahlrechtsvorlage eine Verschlechterung für die große Mehrheit der Bevölkerung bedeute. Man hätte meinen sollen, das bestehende Wahlsystem, von dem Bismarck schon sagte, daß es die große Masse der Bevölkerung zu Heloten macht, konne nicht mehr verschlechtert werden und doch ist der Regierung gelungen, das Unmögliche möglich zu machen: das bestehende Wahlrecht noch zu verschlechtern. Diese Wahlreform ist keine Reform für sondern gegen die Entrechteten. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Das war nicht nur in unserer Presse sondern bis in die nationalliberale Presse hinein zu lesen, daß sie der Ausfluß eines armseligen Polizeigeistes, kleinlich, gehässig und schikanös ist. Die Dreiklasseneinteilung wird aufrecht erhalten. Kann es etwas Ungeheuerlicheres, Verletzenderes geben, als daß man die von Natur und Vernunft gleichberechtigten Bürger in 3 Klassen teilt, und zwar so, daß die Wähler der ersten Klasse 20mal soviel Wahlrecht haben wie die der dritten! Und wonach wird die Verteilung in die 3 Klassen vorgenommen? Nach der Größe des Geldsacks oder des Grundstücks, über das jemand verfügt. Der Besitz ist aber kein Verdienst. Fleiß und Sparsamkeit sind nicht mehr ausschlaggebend für die Bildung der großen Vermögen. Sie werden gewonnen durch die skrupelloseste Spekulation oder durch die rücksichtsloseste Ausbeutung der Nebenmenschen. Nicht nur die Lohnarbeiter, sondern auch die kleinen Geschäftsleute, der Gastwirt und auch der Bauer, sie alle arbeiten und schinden sich im Schweiße ihres Angesichts, sie alle schaffen die Reichtümer, die der Kapitalist sich dann aneignet. Nicht aber die fleißigen Arbeiter erhalten ein höheres Wahlrecht, wie es logisch wäre, sondern der Ausbeuter erhält es. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Wie beim mobilen, so ist es beim immobilen Kapital, beim Groß-Grundbesitz. 30 Prozent des preußischen Grund und Bodens gehört den Großgrundbesitzern. Aber ist es denn das Verdienst des Junkers, wenn die Saaten sprießen, wenn das Vieh gedeiht? Der Junker plagt sich nicht im Sonnenbrande, er schindet sich keine Schwielen an die Hände. Das tun für ihn die Landarbeiter und Kleinbauern und die sollen entrechtet werden. Die Junker haben in Preußen deshalb eine so ungeheure Macht, weil hier im Hause nicht weniger als 113 Großgrundbesitzer sitzen. Die Klasseneinteilung ist das ungeheuerlichste Unrecht, das überhaupt ausgedacht werden kann. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Die Vorlage behauptet nun, daß die Klassengegensätze in der Natur begründet seien. Das ist ja eine wunderbare Auffassung der Geschichte, daß die Massenausbeutung ewig sein soll und mit ihr ewig die Massenentrechtung verbunden sein müsse! Das soll in der Natur begründet und von Gott gewollt sein?! Sie tun sich ja so viel zugute auf Ihr Christentum, aber eine ärgere Gotteslästerung kann nicht ausgesprochen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir sind nicht solche Gotteslästerer. Wir meinen, daß Klassenscheidung, Vorrechte und Unterdrückung die Folgen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind, die wir bekämpfen, weil wir alle Privilegien beseitigen wollen.

In Preußen gibt es 104 000 Personen mit einem Einkommen von mehr als 9000 Mk., sie haben pro Kopf ein Einkommen von 30 000 Mk., und die Statistik erweist, daß die Reichen immer reicher werden. Nicht sie bedürfen des Schutzes durch das Dreiklassenwahlrecht, nein, die Massen bedürfen des Schutzes, aus deren Schweiß die Reichen das Gold ziehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein Wahlrecht, das den Besitz begünstigt, verschärft und fördert die Volksausplünderung. Die Statistik beweist ferner, daß das Proletariat am allerschwersten unter der letzten wirtschaftlichen Krise gelitten hat. Welche Stirn gehört doch dazu, angesichts dieser Tatsachen noch für ein Geldsackswahlrecht einzutreten! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nur der tut es, der Millionäre züchten will, nur der, welcher eine Schmarotzerklasse auf Kosten der Volksmehrheit mästen will. Das werden wir auch draußen im Lande recht kräftig sagen, damit die Parteien sich in der Kommission durch den Volkswillen beeinflussen lassen.

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(13. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Karoline unterzog sich dieser delikaten Mission mit großer Bereitwilligkeit; denn sie für ihren Teil nährte nicht die geringste Furcht vor dem Vetter Hans. Sie fand ihn in einer Nebenstube, wo er in einem Bücherschrank herumwühlte.

„Guten Abend, Hans! Ich sollte Dich von Luise grüßen und fragen, ob Du nicht mit ihr tanzen wolltest", sagte Karoline ganz unbefangen.

Hans sah seine Kusine mit seinen kleinen hellblauen Augen fest an; als dies aber auf die verstockte Karoline gar keinen Eindruck zu machen schien, fragte er: „Hat Luise Dich wirklich gebeten, mir das zu sagen?"

„Ja, warum nicht? Glaubst Du vielleicht, es sei Sünde, zu tanzen? Sagte doch der Stiftspropst, als ich konfirmiert wurde, man könne ganz getrost tanzen, wenn man nur reinen Herzens sei und das bist Du doch gewiß, Vetter Hans, nicht wahr?"

„Ich spreche nicht mit Dir, Karoline, denn Du bist ein leichtfertiges Weltkind."

„Pfui, Hans! Wie häßlich Du redest", versetzte Karoline beleidigt, „ich kann nicht begreifen, daß ein so liebes Mädchen wie Luise Dich haben will; ich möchte Dich nicht für alles in der Welt!"

„Ich will versuchen, Luise aus diesem Hause der Sünde zu retten."

„Du bist abscheulich, Hans!" sagte die unverbesserliche Karoline, wandte sich von ihm ab und ging in den Saal zurück.

Endlich kam der Minister Bennechen. Er war ein hübscher Mann von hohem Wuchs, mit glattrasiertem Kinn und auffallend blühender Gesichtsfarbe. Der Wirt empfing ihn im vordersten Zimmer und machte viel Wesens von ihm. Denn wiewohl sie für gewöhnlich gute Freunde waren, so daß der Großhändler wenn sie sich unter vier Augen befanden, manchmal äußerst kordial sein konnte, so imponierte der Minister ihm doch, wenn er in seinem Glanz mit seinen Orden und seiner Staatsmannsmiene auftrat.

Außerdem war der Minister heute abend der vornehmste Gast — der eigentliche Glanzpunkt des Festes — und der kleine lebhafte Großhändler strahlte förmlich, als er den hohen Herrn durch die Salons führte.

Der Minister begrüßte die Damen des Hauses mit Herzlichkeit, ging darauf eine Zeitlang unter den älteren Damen umher und machte den Liebenswürdigen. Dann schritt er in einer Tanzpause durch den Saal, begrüßte die Töchter des Hauses und verschwand in den Privatgemächern des Großhändlers, wo eine Auswahl der bedeutendsten Gäste versammelt war.

Die Ankunft des Ministers Bennechen gab dem Fest sein Gepräge. Man hatte sonst oft bei Falck-Olsens, wie Delphin sich ausdrückte, „ein Gefühl, wie wenn der Kopf fehle"; denn sowohl Wirt wie Wirtin machten sich so wenig geltend, daß sie gleichsam im Getümmel verschwanden und man sie fast vergaß.

Heute aber hatte die Situation ihre Pointe in der Person des Ministers erhalten, indem er als intimer Freund der Familie gewissermaßen für sie Bürgschaft leistete und den neugebackenen Glanz des Hauses legitimierte. Jeden einzelnen von den Gästen überkam das beruhigende Gefühl, daß man sich in guter Gesellschaft befinde und sich unbedenklich dem Vergnügen hingeben könne.

Erst jetzt kam die rechte Stimmung auf dem Ball; die jungen Herren, die ihr Essen verdienen sollten, arbeiteten unverdrossen, und der Großhändler, der nicht länger an Konsul Lind dachte, rieb sich die Hände; die Heizung begann ihre Wirkung zu tun; jetzt zu Tisch — dann war alles in schönster Ordnung.

Sowie Alfred seinen Vater eintreten sah, schlich er sich hinaus ins Vorzimmer, bemächtigte sich seines Überziehers und verließ das Haus.

7.

Christine saß zu Hause im traulichen Stübchen und schrieb an den Vater — das heißt an den Lotsen-Altermann; denn Mädel konnte Geschriebenes nicht lesen.

Onkel Andreas hatte kurz zuvor dem Minister in den Wagen geholfen und war darauf ausgegangen, wie er dies abends zu tun pflegte; er hatte so viele Geschäfte.

Wie sie da saß und in die Lampe starrte, um etwas zu finden, wovon sie schreiben könnte, klopfte es an die Tür und Doktor Bennechen trat in die Stube.

„Entschuldigen Sie! Ist Vater zum Ball gefahren?"

„Ja — vor einem Augenblick", erwiderte Christine.

„Ach — das ist dumm; ich wäre gern mitgefahren."

Das war eine große Lüge von dem ehrlichen Doktor; denn er hatte an der Straßenecke gestanden und gewartet, bis der Wagen weggefahren war.

Als er nun aber am Ziel seiner Intrigue stand, verlor er den Mut, und er wäre gewiß, ohne ein Wort weiter zu sagen, wieder fortgegangen, wenn Christine nicht gesagt hätte: „Vielleicht kommt der Wagen wieder zurück."

„Ja, er kommt vielleicht wieder — das tut er gewiß, versetzte der Doktor.

Beide taten, als glaubten sie es, obwohl sie wußten, daß der Minister einen Mietswagen benutzt hatte; er selbst hielt nur einen offenen Einspänner.

„Wollen Sie sich nicht setzen, während Sie hier warten?" sagte Christine; der Onkel hatte ihr beigebracht, daß sie zu Fremden „Sie" sagte. Der Doktor dankte und machte die Tür zu.

Johann Bennechen hatte eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Vater, aber dessen imponierendes Wesen fehlte ihm gänzlich; er sah eben aus, wie er war: eine ehrliche Haut, etwas dumm und sehr gutmütig; außerdem hatte er ein lahmes Bein.

Der Doktor begann ein Gespräch mit dem jungen Mädchen, wobei er mitten in der Stube, zwischen der Tür und dem Tisch stehen blieb. Er war es gewohnt, mit Leuten aus dem Volk zu sprechen, so daß Christine ihn gut verstehen konnte. Sie kamen bald in ein lebhaftes Gespräch über die Verhältnisse in ihrer Heimat, über den Unterschied zwischen dem Leben dort und hier in der Stadt und dergleichen mehr.

Jedesmal, wenn er eine scherzhafte Bemerkung machte, senkte sie lachend den Kopf und das Licht der Lampe fiel auf ihr prächtiges, rollockiges Haar, das sie vom Vater geerbt hatte. Sie hatte auch etwas von seinem Riesenwuchs, die breiten Schultern, die hohe und kräftige Brust, und wenn sie aufrecht stand, war sie so groß wie die meisten Männer.

Draußen war es ein windiger Herbstabend. Aber hier unten in der Stube war der Fußteppich schon aufgelegt und das Feuer brannte im Ofen; es war da so gemütlich und duftete so rein.

Der Doktor war im Gesellschaftsanzuge unter dem über-

Eine winzige Besserung soll nun die Maximierung bringen. Aber an dem unerhörten Zustande wird damit nicht das allermindeste geändert. Auch die Behauptung der Regierung ist nicht wahr, daß der Mittelstand größtenteils in der zweiten Klasse säße. Die Unmasse der kleinen Handwerker, Geschäftsleute und Kleinbauern wird auch in Zukunft in der dritten Klasse wählen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Auch die jetzige Wahlkreiseinteilung mit ihrem durch die Statistik erwiesenen unerhörten Unfug soll beibehalten werden. Trotzdem aber hat der Vertreter des Zentrums diesen Unfug als richtig bezeichnet. Der Abg. Herold brachte ein recht schnuriges Argument vor, er meinte, daß die Bodenfläche in Berlin verhältnismäßig klein sei zur Anzahl der Einwohner im Vergleiche mit Ostpreußen. Es ist doch aber nicht die Bodenfläche, der das Wahlrecht verliehen wird, sondern den Wählern. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Daß Herr v. Zedlitz ein Freund dieser Wahlkreiseinteilung ist, versteht sich von selbst. Er vertritt ja eine sehr große Partei: ganze 68 000 Wähler haben 60 Freikonservative Abgeordnete, während 600 000 sozialdemokratische Wähler nur 6 Abgeordnete haben.

Nichts rechtfertigt die Ungleichheit der Wahlkreise. Den Landbewohnern soll von uns das gleiche Recht nicht verkümmert werden. Wir Sozialdemokraten sind nicht bauernfeindlich, wohl aber sind die Konservativen die wahren Bauernfeinde! (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Sie sind es, welche die Masse der Kleinbauern, der Kätner, der Kossäten in die dritte Klasse hineinbringen wollen, während sie selbst in der ersten wählen. Wir verlangen nur das gleiche Wahlrecht für Stadt und Land. Die Bauernsöhne, die in die Industriebezirke abwandern müssen, werden entrechtet in dem Augenblick, wo sie Industriearbeiter werden. Vom Zentrum erwarte ich, daß es seinen Widerstand gegen die Neueinteilung aufgibt.

Die Kommission muß von Grund auf neue Arbeit machen. Wenn die Vorlage dann fällt, dann sorgen wir dafür — hoffentlich nicht wir Sozialdemokraten allein, sondern auch Freisinnige und Zentrum — daß durch einen Ansturm des Volkes die Regierung zu einer andern Vorlage genötigt wird. (Gelächter rechts.) Ihr Lachen zeigt nur, wie Sie die Massen verachten.

Eine weitere Neuerung ist das Privileg der Gebildeten. Auch diese Neuerung müßte von der ganzen Linken und vom Zentrum abgelehnt werden, denn sie beseitigt nicht Vorrechte, sondern schafft neue Vorrechte. Durch solche Flickreform wird das skandalöse Unrecht des Dreiklassenwahlrechts nur gestützt und verewigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Bevorzugung der Bildung ist zudem nichts als ein Privileg des Besitzes!

Gerade die politische Bildung ist in den Kreisen der sogenannten Gebildeten eine viel geringere als in den Kreisen der Arbeiter. Das tollste und groteskeste ist aber das Unteroffizierprivilegium. Der Rekrutendriller gilt unserer Regierung mehr als der fleißige Mann der ehrlichen Arbeit. (Sehr gut! bei den Soz.) Dieser Vorschlag zeigt auch dem Allervernageltsten, wie die Regierung über das Volk denkt. Diese Prätorianer sollen unter der Fuchtel der öffentlichen Wahl an die Urne kommandiert werden. Es fehlt nur ein Privileg für Streikbrecher und Soldatenschinder. (Sehr gut! bei den Soz. Lärm rechts.)

Der Ministerpräsident sprach von dem Terror der Arbeiter. Wir möchten gerne den Terror beseitigen. Es gefällt uns nicht, daß die Geschäftsleute abhängig sind. Aber solange das öffentliche Wahlrecht besteht, werden Sie es den Arbeitern nicht verdenken dürfen, wenn sie so handeln, wie es das öffentliche Wahlrecht gerade will. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Ministerpräsident sollte am allerwenigsten über den Terror der Sozialdemokraten sich entrüsten. Auch diese Abhängigkeit der Geschäftsleute ist ja ein Teil der von „Gott gewollten Abhängigkeit", für die er eine Lanze gebrochen hat. Zudem ist unser Terror nichts als eine Abwehraktion. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr von Zedlitz will nun auf dem Lande die öffentliche Abstimmung bestehen lassen, in den Städten aber die geheime einführen. Also die Junker sollen Terrorismus üben können, den Arbeitern aber sollen auch in dieser Beziehung die Hände geknebelt werden.

In der Begründung heißt es: Gegen böswillige Verletzungen des Wahlgeheimnisses und gegen terroristische Beeinflussung schützt auch die geheime Wahl nicht. Das wagt dieselbe Regierung zu schreiben, die sich nach den Befehlen der Junker mit Händen und Füßen dagegen sträubt, daß endlich zur Sicherung des Wahlgeheimnisses allgemein Wahlurnen eingeführt werden. Grade die Herren Junker auf dem Lande sind es ja, welche durch Zigarrenkisten, Suppenterrinen rc., durch Aufschichtung der Wahlkuverts die geheime Wahl illusorisch machen. Dort wird der ungenierteste Terrorismus ausgeübt. (Lebh. Beifall bei den Soz.! Unruhe rechts.) Die Regierung aber weiß das und stützt und fördert dieses System.

Die Vorlage ist von A bis Z in allen Details eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes, eine einzige große Provokation des Volkes. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wir raten nicht nur den Parteien, sondern auch der Regierung, ja sogar der Krone, die Vorlage gründlich umzugestalten. Klassenherrschaft dauert nicht ewig. Haben doch auch die Junker das Recht aufgeben müssen als Raubritter die Kaufleute zu überfallen. (Heiterkeit rechts.) Sie erreichen allerdings heute dasselbe und bequemer durch die Zölle. Andere Regierungen waren klüger. In Österreich z. B. erklärte der Kaiser Franz Josef, daß die Regierung nicht nur verpflichtet sei, auf die großen Zeitströmungen zu achten, sie sei auch den Völkern verantwortlich. Durch die Wahlreform werde dem Gesetze der Gerechtigkeit entsprochen. Bei uns aber begegnet man dem Volke auch seitens der Krone mit feindseligem Mißtrauen.

Vizepräsident Dr. Krause: Herr Abgeordneter Ströbel, diese Verletzung der Ehrfurcht vor dem König ist auch eine Verletzung der Ordnung dieses Hauses. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Ströbel (fortfahrend)! Auch in Deutschland ist Preußen mit seinem reaktionären Wahlrecht völlig isoliert. Selbst deutsche Fürsten erkennen die Notwendigkeit des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Bundesstaaten an. Ludwig von Bayern, der Thronfolger, hat ausgeführt: Seiner Anschauung nach sei die geheime Wahl ein Schutz der Schwachen gegen die Starken. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die verkünstelten Wahlsysteme aber ergeben kein getreues Bild der Gesinnung der Bevölkerung. Das sprach der bayerische Thronfolger. Und die Dynastie keines deutschen Staates sollte durch ihr Verhalten Vergleiche mit der bayerischen Dynastie heraufbeschwören, die ihr einmal verhängnißvoll werden könnten. Die Krone und alle, die da meinen, die große Masse des Volkes müsse Zutrauen zu ihr haben, sollten erst einmal der großen Masse durch die Tat beweisen, daß sie Zutrauen zu ihnen hegen kann. Einstweilen aber ist das Gegenteil bewiesen.

Herr von Richthofen behauptete, die Sozialdemokratie sei nicht die Vertreterin der Kultur, aber die Konservativen, das wären die Vertreter des Christentums. Dieses Christentum habe ich schon illustriert. Ich muß es aber noch einmal kurz aussprechen: die Sozialdemokratie hat allen Anspruch darauf, als Trägerin der Kultur betrachtet zu werden. (Sehr richtig! links. Lachen rechts). Sie hat sich um die Volksbildung ungeheure Verdienste erworben. (Sehr richtig! links). Das wird von jedem ehrlichen Gegner anerkannt. (Erneutes Sehr richtig! links). Sie hat Freie Volksbühnen und Kunstinstitute aller Art geschaffen. (Zuruf rechts.) Allerdings, unsere Auffassungen decken sich nicht mit denen der Junker. Goethe, Schiller, Gerhart Hauptmann und Ibsen würden sich dafür bedanken, zu den Junkern gezählt zu werden. Auch musikalische Kunstabende haben wir geschaffen, aber Sie werden doch nicht meinen, daß wir dadurch die Krone zum Wackeln bringen. Wir sind jederzeit mit großer Energie für die Verbesserung der Volksschule eingetreten; denn wir meinen, das Volk hat nicht nur ein Recht auf genügende materielle Existenz, sondern auch das Recht, sich zur Sonnenhöhe der Kultur emporzuentwickeln. (Lachen rechts.) Aber so lange das Volk durch die Schmach des Dreiklassenwahlrechts im materiellen Elend erhalten wird, so lange wird es in einem kulturwidrigen Zustand zurückgehalten sein. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Auch wir besitzen nationalen Sinn, aber die Nation, das sind nicht die 60 000 freikonservativen Wähler, nicht die Herren vom Zentrum, die Nationalliberalen und Freisinnigen, nein, die Nation, das ist die große Masse des Volkes, die sich aus den Arbeiterschichten zusammensetzt.

Wir lieben unser Vaterland, wenngleich es sich noch zum großen Teile im Besitze der Junker befindet. Wenn wir die Wälder durchstreifen und die Wipfel der Kiefern und Buchen über uns rauschen hören (Aha! rechts), so sagen wir uns: das ist unser deutsches Vaterland, das wir dem Volke erobern wollen. (Lebh. Beifall bei den Soz.). Daß das erst nötig ist, ist unsäglich traurig. Und diese traurige Tatsache beleuchtet so recht Ihren nationalen Sinn. (Lachen rechts.)

Deshalb wollen wir auch das Wahlrecht ändern. Ich hoffe, die Herren Nationalliberalen werden sich nicht etwa von einem konservativen Professor, von dem Professor Delbrück, an Volkstümlichkeit und Radikalismus beschämen lassen. Ich hoffe, auch Sie werden mit uns den Wahlrechtskampf zur hellen Flamme auflodern lassen unter der gemeinsamen Parole: Fort, weg mit diesem infamen, niederträchtigen Wahlsystem, fort mit dieser hundsföttischen Vorlage!! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Porsch: Wegen dieser letzten Äußerung rufe ich Sie wieder zur Ordnung.

---

zieher; er schlug diesen zurück und setzte sich sogar auf die Tischdecke, sich an die Wand lehnend.

Jedesmal, wenn sie einen Wagen hörten, sagten sie: „Da ist er." Und wenn er vorbeirollte, sagten sie: „Nein — er war es doch nicht."

Da klopfte es, die Tür ging auf, und Alfred sprang in die Stube mit einem lustigen „Guten Abend!" Als er aber den Bruder erblickte, ward er erst sehr verlegen und lachte dann boshaft: „Ei, ei! — ein Tete-a-tete! — oder ist Fräulein Christine krank?"

Christine hielt dies für Scherz und wollte antworten: allein sie schwieg betroffen, als sie sah, wie ernst der Doktor geworden war.

„Ich wollte auf den Wagen warten — ich dachte, er käme zurück," sagte Johann unbeholfen.

„Welch' unvergleichliche Ausrede! Wie Amor doch erfinderisch macht!" rief Alfred, sein Pincenez aufsetzend. „Also warten wolltest Du! Wie fein ausspekuliert!"

„Ich verbitte mir Deine anzüglichen Bemerkungen, Alfred."

„Sieh, sieh! — verbitten willst Du Dir das! — vielleicht dürfte ich mir — um im Stil zu bleiben — eine minder märchenhafte Erklärung Deiner lahmen Anwesenheit hier zu dieser Zeit erbitten."

„Was geht das Dich an?"

„Sieh, sieh, der Stil wird volkstümlicher. Ich frage nicht so sehr für meine eigene Person, denn ich bedarf keiner weiteren Aufschlüsse, die Situation ist mir vollständig klar — vollständig klar," er sah dabei bald den Bruder, bald Christine an, „allein ich weiß, daß es Mama interessieren würde, zu erfahren, wonach ihr Erstgeborener hier im Hause herumlauert, wenn alle aus sind."

„Ich lauere nicht! — nimm Dich in acht — Alfred!" rief Johann und trat einen Schritt vor.

„Laß uns diese Hallen nicht mit Bruderblut besudeln," erwiderte Alfred mit unverändertem Lächeln, indem er sich hinter einen Stuhl verschanzte.

Christine näherte sich dem Doktor und wollte etwas sagen; aber er wandte sich gegen sie, leichenblaß im Gesicht und sagte:

„Fürchten Sie nichts! Ich bitte um Entschuldigung, Sie müssen mir es nicht zur Last legen. Gute Nacht! Komm, Alfred, gehen wir."

„Wir?" fragte Alfred in überlegenem Tone und machte Miene, den Hut wegzusetzen.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 12. Februar 1910.

34. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: von Heeringen.

Eingegangen sind die Entwürfe des Heimarbeiter- und des Arbeitskammergesetzes.

Militäretatsreste.

Die zweite Lesung des Militäretats wird fortgesetzt bei den Kapiteln: Artillerie- und Maschinenwesen und technische Industrie.

Dr. Will (Z.) rügt, daß vielfach die Löhne der Arbeiter in den Militärwerkstätten, zumal der gelernten, unter den Löhnen in den Privatbetrieben stehen. Besonders schlecht ist die Entlohnung der Arbeiter darin. Kleinlich und bisweilen gehässig verfährt man auch mit der Verteilung von Gratifikationen. (Hört, hört! i. Zentrum und b. d. Sozialdemokraten.)

Böhle (SD.): Würde die Militärverwaltung den Arbeiterorganisationen mehr entgegenkommen, so hätten wir nicht alljährlich hier diese Debatten. Die Militärwerkstätten sind vielfach das Gegenteil von sozialen Musteranstalten. Die Militärverwaltung entläßt Arbeiter wegen zu hohen Alters oder setzt sie wenigstens auf halben Lohn. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn die Militärverwaltung in vernünftiger Weise sparen wollte, sollte sie die Zahl der Aufsichtsbeamten einschränken. In Straßburg kommen auf 10 Arbeiter 5 bis 6 Beamte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Fortgesetzt sind Maßregelungen an der Tagesordnung. Vorgeschützt wird immer die sogenannte Agitation für den Verband; der wahre Grund der Maßregelungen ist die bloße Angehörigkeit zum Verband. Ein Erlaß der Straßburger Feldzeugmeisterei verfügt, daß gegen Arbeiter vorgegangen werden soll, die sich ihrer Arbeitskollegen annehmen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Militärverwaltung geht sogar gegen die reichstreuen Vereine vor. Uns kann das nur recht sein, denn dadurch lernen die Arbeiter, wo sie hingehören. (Bravo! b. d. Soz.)

Oberst Wandel: Die Löhne in den Militärwerkstätten können sich nicht nach den höchstzahlenden Orten, sondern nur nach dem Durchschnitt richten. (Sehr richtig! rechts.) Die Handelskammern in Bonn und Hannover und verschiedene Fabrikanten aus dem Siegerland haben sich beklagt, daß wir ihnen durch zu hohe Löhne die guten Arbeiter wegnehmen. (Lachen b. d. Soz.) Berechtigten, in vorgeschriebener Weise von den Arbeiterausschüssen vorgetragenen Wünschen der Arbeiter kommen wir nach Möglichkeit entgegen. Die Verfügung der Feldzeugmeisterei, von der der Vorredner sprach, ist mir nicht bekannt.

Pauli-Potsdam (K.): Auch ich kann nur wünschen, daß man berechtigten Beschwerden der Arbeiter mehr entgegenkommt. Redner verbreitet sich sehr ausführlich über die Lohn- und sonstigen Verhältnisse in den Spandauer Militärwerkstätten. (Auf der Rechten ist nur Herr v. Normann anwesend, der dem Redner aber nicht zuhört. Dann verläßt auch Herr v. Normann den Saal, den dafür Gans Edler zu Putlitz betritt, der aber dem Redner auch nicht zuhört.) Die Löhne der Spandauer gelernten Arbeiter in den Militärwerkstätten stehen pro Kopf und Tag um 60 Pf. niedriger als die der Spandauer Straßenfeger. (Lebh. Hört! hört! bei den Soz.) Den Werkzeugmachern hat man die ihnen mit Mühe bewilligte Lohnerhöhung wieder entzogen. (Hört! hört! b. d. Soz. Privatgespräche auf der Rechten.) Die Heeresverwaltung sollte wirklich für Besserung der Verhältnisse sorgen. (Bravo! auf der Rechten, die inzwischen auf ein Dutzend Abgeordnete angewachsen ist.

Dr. Goercke (NL.): Man sollte den Betriebsleitern der militärischen Betriebe einen sie auszeichnenden Titel gewähren. (Gr. Heiterkeit b. d. Soz.) Die Sozialdemokraten sollten sich statt um die Löhne in den Militärwerkstätten lieber um die Lohnverhältnisse im „Vorwärts"-Betriebe bekümmern. (Abg. Schöpflin ruft: Reichsverbandslüge!) Ich berufe mich auf Herrn Rexhäuser und den Arbeiterausschuß der Vorwärtsbuchdruckerei. Zurufe b. d. Soz.: Der Arbeiterausschuß hat erklärt, daß im „Vorwärts" mehr bezahlt wird als in bürgerlichen Betrieben!) Auch in sozialdemokratischen Konsumvereinen sind die sozialdemokratischen Forderungen nicht erfüllt. (Widerspruch b. d. Soz.)

Mommsen (FVgg.): Herr Dr Goercke widerlegt sich selbst. Er sagt: die Arbeiter des „Vorwärts" haben sich beschwert, also sind ihre Löhne zu niedrig, und will damit beweisen, daß die Löhne in den Militärwerkstätten nicht zu niedrig sind. Aber die Arbeiter in den Militärwerkstätten beschweren sich beständig, es müssen also doch wohl die Löhne wirklich sehr niedrig sein. Das wird auch wohl so sein, denn seit 1904 sind dort keine Lohnaufbesserungen mehr vorgenommen. Wir haben alle Veranlassung, diesen Dingen näher zutreten.

Sommer (FVp.) tritt für die Feuerwerks- und Zeugoffiziere ein.

Schwarze-Lippstadt (Z.) beklagt die Lohnverhältnisse in den Lippstädter Militärwerkstätten.

Zubeil (SD.): Herr Goercke hat den Zwischenruf eines meiner Parteigenossen zu einer Anrempelung des Vorwärtsbetriebes benutzt und zwar auf Grund längst widerlegten Materials des Reichsverbandes. Dabei mußte ihm jedoch bekannt sein, daß sogar im Organ Rexhäusers bekannt gemacht werden mußte, daß die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen im „Vorwärts" musterhaft sind und denen aller übrigen Betriebe voranstehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dasselbe trifft für die Konsumvereine zu. Auch die von den Konsumvereinen der Arbeiter gezahlten Gehälter — sozialdemokratische Konsumvereine gibt es nicht, Herr Goercke — sind weit höher als in gleichartigen Betrieben der bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr richtig! bei den Soz.) Den Behörden ist es ganz gleichgültig, welchen Organisationen die Arbeiter angehören. Die Militärarbeiter fliegen hinaus, sobald sie Wünsche äußern, ganz gleich, ob sie einer freien oder einer christlichen Gewerkschaft angehören. Geduldet werden lediglich Vereine, die sich mit Vergnügen und Hurrarufen beschäftigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich muß noch einmal die Angelegenheit der Pulverarbeiter zur Sprache bringen. Die Pulverarbeiter galten bis 1897 allgemein als Beamte mit Pensionsansprüchen, deren Gehaltsverhältnisse eine königliche Kabinettsordre regelte. Da erschien plötzlich eine Verfügung des Kriegsministeriums, die die Vorschriften umänderte, und zwar sehr zuungunsten der Pulverarbeiter. Durch ihren Glauben an das Ehrenwort des Kgl. preußischen Hauptmannes Schulz ließen sich die armen Pulverarbeiter verleiten, auf einen weißen Bogen ihre Unterschriften zu den neuen Anstellungsvorschriften zu geben, die ihnen nur oberflächlich mitgeteilt, aber nicht etwa vorgelesen oder vorgelegt worden waren. (Hört, hört! bei den Soz.) Selten sind Leute so getäuscht worden, wie die Pulverarbeiter durch das Ehrenwort eines Kgl. preußischen Hauptmannes. In einem Prozeß, den der nach 30jähriger treuer Arbeit entlassene Pulverarbeiter Voß zu führen hatte, ist festgestellt worden, daß dieser Mann nur etwa die Hälfte der ihnen nach den alten Vorschriften rechtlich zustehenden Pension als Gnadenrente empfing. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist der Wert feierlicher Zusagen der Militärbehörden. Ich möchte ferner dagegen protestieren, daß die Gesundheitszulage, die der Reichstag den Pulverarbeitern für Anschaffung von Milch usw. bewilligt hat, ganz willkürlich bei Steuerveranlagungen als Gehaltserhöhung betrachtet wird. Möge das Kriegsministerium dafür sorgen, daß die Militärwerkstätten wirkliche Musteranstalten werden! (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Sie haben einem königlichen preußischen Hauptmann Täuschung vorgeworfen. Hoffentlich haben Sie das nur im subjektiven Sinne gemeint.

Hagemann (NL.): Die Militärverwaltung sollte eine zufriedene Arbeiterschaft schaffen. Eine solche ist in hohem Maße staatserhaltend.

Böhle (SD.) kommt auf die Beschwerde des Arbeiters Stein gegen den Leutnant Rönneberg wegen verspäteter Lohnzahlung zurück. Diese Beschwerde war sehr wohl berechtigt. Von einer gerechten Untersuchung kann garnicht die Rede sein, denn man hat sich geweigert, die von Stein verlangte Konfrontierung mit dem Zeugen einzuräumen. Wir wissen ja, wie diese Untersuchungen geführt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich will nur bemerken, daß ich dem Kriegsminister schriftlich eine Anzahl Zeugen genannt habe, die nicht vernommen wurden. (Hört, hört! bei den Soz.) Herr Görcke hätte besser geschwiegen. Von nationalliberaler Seite wird ja sowieso niemand eine Vertretung der Arbeiterinteressen erwarten. (Bravo! bei den So.)

Oberst Wandel: Die Ausführungen des Abgeordneten Zubeil stützen sich auf einseitige Angaben der Pulverarbeiter.

Stadthagen (SD.): Die Ausführungen des Herrn Görcke hätten nur einen Sinn, wenn er wünschte, daß die Verhältnisse in den Militärwerkstätten nicht schlechter sein sollen, als in den sozialdemokratischen Betrieben. Er hat nun aber einmal den Kampf gegen die Sozialdemokratie,

auf sein Fähnchen geschrieben. (Heiterkeit bei den Soz.) Ich habe gegen solche Kämpfer nichts einzuwenden. (Erneute Heiterkeit.) Selbst dann nicht, wenn er den Unrat zu beleuchten sucht, der sich etwa in einem sozialdemokratischen Betriebe angehäuft haben könnte. Dringend aber möchte ich ihn bitten, daß er nicht selbst erst Unrat dort hinbringt. (Große Heiterkeit.) Das aber hat er getan. Im „Vorwärts" ist die 8stündige effektive Arbeitszeit durchgeführt. Den Nationalliberalen scheint das nicht zu genügen, und wir haben gewiß nichts dagegen, wenn Sie diese Ihre Wünsche bei den Militärwerkstätten durchführen. Wer ein Jahr im „Vorwärts" beschäftigt ist, hat eine Woche Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Die Invalidenversicherung bezahlt der Verlag, was die Militärverwaltung auch nicht tut. Die Differenz zwischen einer Unfallentschädigung und dem Lohn trägt ebenfalls der Verlag. Es ist also nach alledem unerfindlich, wie Herr Görcke sagen konnte, wir sollten zunächst für bessere Bedingungen im „Vorwärts" sorgen. Die Militärverwaltung möge nur die Freundlichkeit haben, die Arbeitsverhältnisse des „Vorwärts" in ihren Betrieben einzuführen. (Lebh. Zust. bei den Soz.)

Dr. Goercke (NL): Meine Bemerkung scheint doch sehr tief getroffen zu haben. (Gr. Heiterkeit bei den Soz.) Wir bekämpfen die Sozialdemokratie nicht aus Haß, sondern aus einem ganz andern Grunde. (Zuruf b. d. Soz.: Aus Liebe. Gr. Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Ausführungen über Ihre Gesinnungen haben mit der Sache nichts zu tun. (Heiterkeit.)

Dr. Goercke (fortfahrend): Ich kann das also jetzt nicht weiter ausführen. (Gr. Heiterkeit.) Ich habe nicht von den Löhnen im „Vorwärts" gesprochen, sondern Herrn Fischer gefragt, ob er seine Arbeitskraft für dieselbe Entschädigung hergeben würde, wie die ungelernten Arbeiter im „Vorwärts" sie bekommen. (Heiterkeit bei den Soz.) Sie werden doch auch nicht bestreiten wollen, daß Herr Fischer Schwierigkeiten gehabt hat, die wochenlang gedauert haben. Daran ändert es auch nichts, wenn die Leute später eine Erklärung abgegeben haben. Wie solche Erklärungen zustande kommen, können wir nicht wissen. (Aha! bei den Soz.) Wenn die Löhne so glänzend sind, wie Herr Stadthagen sie darstellt, so ist das erfreulich. Noch erfreulicher wäre es, wenn wir sie überall einführen könnten.

Fischer-Berlin (SD.) Herr Goercke hatte gar keine Veranlassung, diese Frage an mich zu richten. Ich könnte ja sonst die gleiche Frage an ihn richten. Herr Goercke glaubte vielmehr die alte Reichsverbandslüge von den schlechten Löhnen und Mißständen im „Vorwärts" vorbringen zu sollen. Er hat sich damit zum Träger von Verleumdungen gemacht. (Lebh. Zust. b. d. Soz. Unruhe b. d. Natlb.) In keinem Betrieb der gleichen Art in Berlin giebt es gleich günstige Arbeitsverhältnisse, wie sie im „Vorwärts" existieren, sowohl in bezug auf den Lohn als auf das Allgemeine. Die Zeitungssetzer haben sogar 14 Tage Ferien unter Fortbezahlung der Löhne, und auch in Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn gezahlt. Daß an einen sozialdemokratischen Betrieb die Arbeiter höhere Anforderungen stellen als an einen bürgerlichen, ist selbstverständlich. Namentlich, wenn sie nach ihrem politischen Glaubensbekenntnis von niemand gefragt werden. Daß unter solchen Umständen zuweilen auch Forderungen gestellt werden, die bei bestem Willen unerfüllbar sind, ist um so weniger verwunderlich, als die Leute in der ausnahmsweise günstigen Position sind, alles sagen zu können, was sie auf dem Herzen haben. Fragen Sie doch die Beamten, wie es in dieser Hinsicht bei Ihnen steht. Die Erklärungen, von denen Herr Goercke sagte, man wisse nicht, wie sie zustande kommen, kommen so zustande daß das Personal ohne Anwesenheit des Chefs zusammentritt. Redner setzt, vom Präsidenten mehrmals unterbrochen, die Ausführungen über die Lohnverhältnisse des Vorwärts in den Einzelheiten fort. Genötigt abzubrechen, schließt er, indem er noch versichert, daß diese Verleumdungen auch vor Gericht bereits als Verleumdungen erwiesen sind, die infolgedessen kein anständiger Mensch wiederholen kann. (Bravo! b. d. Soz.)

Goercke (NL.): Die Ausführungen des Abg. Fischer zeigen, daß sein Zwischenruf in der Tat unangebracht war. (Groß. Hitk. b. d. Soz.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Festungen, Ingenieurwesen usw." rügt

Böhle (SD.) die Kleinlichkeit, mit der der Militärfiskus überflüssig gewordene Festungsanlagen zum Schaden der Entwicklung der Städte aufrecht erhält.

Oberst Wandel bestreitet die Richtigkeit der Vorwürfe.

Böhle (SD.) belegt seine Behauptungen mit neuen Beispielen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei den einmaligen Ausgaben hat die Kommission 263 500 Mk. für neue Schießstände gestrichen. Ein konservativ-nationalliberal-antisemitischer Antrag fordert Wiederherstellung der Streichung und wird nach kurzer Debatte angenommen.

Bei den „Einnahmen" wird eine Resolution der Kommission, daß beim Verkauf des Tempelhofer Feldes die öffentlichen Interessen in genügender Weise gewahrt werden sollen, debattelos einstimmig angenommen. Der Rest des Etats wird ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Vizepräsident Dr. Spahn schlägt Vertagung vor.

Kriegsminister von Heeringen: Zu meiner Überraschung sah ich aus den Zeitungen und aus dem Protokoll, daß der Abg. Ledebour mir gestern beim Weggehen nachrief: Auch der kneift! Hätte ich es gehört, hätte ich sofort erklärt, warum ich nicht antwortete. Ich halte es für nutzlos, mit Sozialdemokraten über die Bedeutung des Eides für die Armee zu diskutieren. Die Kabinettsordre, auf die sich Herr Ledebour berief, ist als eine Fälschung erwiesen. Ich habe mich gestern, in dem Bemühen, mich kurz zu fassen, vielleicht so ausgedrückt, daß meine Worte mißverstanden werden könnten; deshalb erkläre ich: Als ich am 29. Januar die gestern von Herrn Ledebour zitierten Worte sprach, schwebte mir ein Vergleich vor zwischen den Verfassungskämpfen in Hessen und den preußischen Verfassungswirren der sechziger Jahre. In Hessen war die Armee auf die Verfassung vereidigt, wurde daher in die inneren Kämpfe hineingezogen und löste sich vollständig auf, so daß sie bei der äußeren Gefahr versagte. Anders war es in Preußen. Die Armee war auf den König vereidigt, blieb von den politischen Kämpfen unberührt und konnte sich lediglich ihrer Aufgabe der Verteidigung des Vaterlandes widmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ledebour (SD.): Wenn die Kabinettsordre eine Fälschung ist, so scheidet sie aus der Debatte aus. Etwas anderes ist es mit dem Versuch des Kriegsministers, seine gestrige Berufung auf Kurhessen zu rechtfertigen. Seine ursprünglichen Worte gingen dahin, daß die Nichtvereidigung der Offiziere auf die Verfassung in vielen Schwierigkeiten dem Vaterlande zum Segen gereicht habe. Nach allgemeinem Sprachgebrauch konnte man nicht annehmen, daß er an etwas anderes als Deutschland, daß er an Kurhessen gedacht hatte. Er hat in seiner ersten Rede vom Vaterlande gesprochen, und als er gefragt wurde, auf welches Beispiel, auf welchen schwierigen Moment er hatte hinweisen wollen, da sagte er: Auf Kurhessen. (Lach. rechts.) Wenn Ihnen das lächerlich vorkommt, so gilt dieses Lachen nur dem Herrn Kriegsminister. (Sehr richtig b. d. Soz. Lärm und Widerspruch rechts.) Die Ansicht des Kriegsministers, daß es für Kurhessen besser gewesen wäre, wenn die Offiziere nicht auf die Verfassung vereidigt gewesen wären, widerspricht auch der Auffassung, die wir in Webers Weltgeschichte finden. Und es zeigt sich, daß der Kriegsminister nicht über die historischen Verhältnisse unterrichtet ist. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Redner verliest die betreffenden Stellen aus Webers Weltgeschichte, aus welchen hervorgeht, daß der verbrecherische Minister Hassenpflug den Oberbefehlshabern der Truppen seiner verfassungsmäßigen Verantwortung entband, um gegen die Verfassung zu operieren. „Der Kriegszustand erwies sich als ohnmächtig. Der Oberbefehlshaber, betroffen über den unwandelbaren Widerstand der Gerichte und Behörden, fühlte sich in seinem Gewissen beunruhigt, er erkrankte und forderte Enthebung von seinem Amte". (Gr. Lärm rechts. Glocke des Präsidenten.) Daß Ihnen das nicht paßt, daß gegen eine verfassungsbrüchige Regierung der Widerstand sich als erfolgreich erwies, und daß selbst dem zur Durchführung des Verfassungsbruches eingesetzten Oberbefehlshaber das Gewissen schlug, das begreife ich. (Sehr richtig! b. d. Soz. Rufe rechts: Wir wollen keine Vorlesungen.) Trotzdem werde ich vorlesen, weil es sehr wichtig ist, damit es auch in die Akten des Reichstags kommt. Der Kurfürst und sein Minister Hassenpflug, der sich damals den Namen Hessenfluch verdiente, haben die Verfassung zu brechen versucht und sind auf den Widerstand des Volkes und aller Beamten gestoßen. Auch das Militär wollte sich zu den nichtswürdigen Attentaten nicht hergeben. Das ist eine äußerst erfreuliche Erscheinung, auf die man heute noch in Hessen stolz sein kann und ich wünsche nur, daß überall in Deutschland die Beamten und Offiziere diesen Mannesmut und dieses Ehrgefühl hätten. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.) Der Kriegsminister aber zieht umgekehrt die Lehre daraus, daß man die Soldaten nicht auf die Verfassung zu vereidigen brauche, und dieses zu einer Zeit wo Herr von Oldenburg offen zum Verfassungsbruch aufgehetzt hat. (Unruhe rechts.) Wenn es so weiter geht unter dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten von Bethmann-Hollweg, so wird, wie einst der Minister Hassenpflug sich den Namen Hessenfluch verdient hat, der Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg sich den Namen Preußenfluch verdienen. (Lebh. stürm. Beif. b. d. Soz., andauernde Unruhe rechts.)

Kriegsminister von Heeringen: Ich habe nur einen Vergleich zwischen der auf die Verfassung vereidigten hessischen Armee und der nicht auf die Verfassung vereidigten preußischen Armee gezogen und mit keinem Worte die Frage aufgeworfen, wer die Schuld an den hessischen Wirren trug. (Lärm. Beifall rechts u. b. d. Natl.)

Ledebour (SD): Daß der Kriegsminister auch bei den Nationalliberalen den Epigonen der hessischen Verfassungskämpfer Beifall findet, ist tief beschämend. (Lebh. Beifall b. d. Soz. Lärm rechts und b. d. Natl.) Der Kriegsminister will die Schuldfrage nicht aufwerfen. Aber diese ist längst beantwortet. Der verfassungsbrüchige Kurfürst und der Minister Hassenpflug waren die Schuldigen. Der preußische Kriegsminister von 1910 stellt sich auf die Seite des verfassungsbrüchigen Kurfürsten. Ich konstatiere also, daß der Kriegsminister in Einklang mit den Ausführungen der Oldenburg- und Mirbach indirekt zum Verfassungsbruch aufgereizt hat. (Stürm. Zust. b. d. Soz. Lärm. Ordnungsrufe rechts.) Es folgen persönliche Bemerkungen.

von Oldenburg (Kons.) [von Kreth und andern mit Bravo begrüßt]: Ich habe meine Bemerkung gleich in derselben Sitzung klargestellt und lehne es ab, mich mit Herrn Ledebour weiter auseinander zu setzen. Ich muß wegfahren, mein Zug geht ab, also vielleicht später einmal. (Große Heiterkeit.)

Ledebour (Soz.): Da der Abg. von Oldenburg abreisen muß: Adieu Herr von Oldenburg. (Große Hitk.) Seine Verteidigung können ja die Herren Kreth und Rogalla von Bieberstein übernehmen. Die angebliche Klarstellung des Herrn von Oldenburg bestand darin, daß er sich die Auslegung des Erbprinzen von Hohenlohe zu eigen machte. Das war ein Verlegenheitsausspruch. Wie kam er überhaupt dazu, die Worte zu sprechen, der Kaiser müsse zu einem beliebigen Leutnant sagen können (Wüt. Lärm rechts, Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Das Eingehen auf diese Angelegenheit gehört nicht in eine persönliche Bemerkung.

Ledebour: Ich antworte nur auf eine persönliche Bemerkung des Herrn von Oldenburg. Da der Präsident mich an weiteren Darlegungen hindert, werde ich bei anderen Gelegenheiten darlegen, daß es eine bewußte wahrheitswidrige Behauptung ist, wenn Herr von Oldenburg sagt, er hätte damit nur den Gipfel der Disziplin im Auge gehabt. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Rogalla von Bieberstein: Ich verteidige Herrn von Oldenburg sehr gern, aber ungern gegen Herrn Ledebour, weil ich ihn doch nicht belehren kann. (Bravo rechts, Lach. b. d. Soz.)

Damit schließen die persönlichen Bemerkungen und das Haus vertagt sich auf Montag 1 Uhr. (Kalligesetz, Stellenvermittelungsgesetz.)

Aus der Partei.

Genosse Singer ist bedauerlicherweise plötzlich erkrankt. Er muß das Bett hüten und kann sich an den Parteiarbeiten voraussichtlich für einige Zeit nicht beteiligen. Hoffentlich wird er sich recht bald wieder in alter Frische der Bewegung widmen können.

Unsere Toten. Ein Veteran der Arbeiterbewegung ist in Hamburg gestorben. Genosse Eduard Müller ist im Alter von 84 Jahren dahingegangen. Er war ein geborener Kölner und ist — nachdem vor wenigen Tagen in London der alte Leßner verschieden — wohl der letzte gewesen von denen, die in den Kölner Kommunistenprozeß verwickelt waren. Mit Marx und Engels und den führenden Männern der rheinischen Demokratie war er persönlich befreundet und es war für jüngere Genossen stets ein Genuß, den alten Müller aus jener Zeit der Sturm und Drangperiode reden zu hören. — Aus Brüssel wird unterm 9. d. Mts. gemeldet: Gestern ist in Brüssel zur schmerzlichen Überraschung der Partei einer der Begründer der belgischen Sozialdemokratie plötzlich gestorben. Disiré Vandendorpe, Typograph von Beruf, wurde im Dezember vergangenen Jahres vom Brüsseler Gemeindekollegium zum Stadtverordneten gewählt — dem Gemeinderat selbst gehörte er als eines der angesehensten Mitglieder an 25 Jahre an. Er war der erste Arbeiter und Sozialist, der in eine kommunale Vertretung einzog. Er hat unter César de Paepe und Volders dem „Peuple" angehört und lange Zeit für diesen — übrigens auch in seiner Eigenschaft als Setzer — gearbeitet. Vandendorpe war auch Mitglied des Provinzialrats, wo er insbesondere in den Fragen der öffentlichen Fürsorge Bedeutendes leistete, welches Ressort er auch als Schöffe inne hatte. Vandendorpe war erst 54 Jahre alt. Den Tag vor seinem Tode sah man ihn noch frisch und gesund — am Dienstagmorgen erlag er einem Herzschlag. Die Partei betrauert mit dem Tode Vandendorpes einen ihrer tätigsten, arbeitsamsten Kämpfer, dessen Sozialismus soziale Arbeit im schönsten Sinne war. Auch die bürgerliche Presse hebt in ihren Nachrufen die Verdienste des Verstorbenen um die Allgemeinheit und seine liebenswürdige Natur hervor.

Verbotene Wahlrechtsdemonstration. Unsere Waldenburger Genossen hatten für Sonntag eine Straßendemonstration polizeilich angemeldet. Die Antwort des Bürgermeisters lautete wie folgt: „Durch die Veranstaltung eines solchen Umzuges als Kundgebung gegen das bestehende Wahlrecht resp. die von der Kgl. Regierung eingebrachte Wahlrechtsvorlage ist eine große Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten, zumal solche Demonstrationen in den der Sozialdemokratie abgeneigten Kreisen der Bevölkerung mit großer Erbitterung aufgenommen werden. Ausschreitungen und Reibungen der verschiedenen politischen Parteien der Bevölkerungsschichten, Tumult und Verletzungen wären sicher zu erwarten. Im übrigen haben die im vorigen Jahre seitens der sozialdemokratischen Parteileitung hierselbst ohne polizeiliche Erlaubnis veranstalteten Umzüge, bei denen es zu erheblichen Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit gekommen ist, und die am letzten Sonntag in Breslau stattgehabten Krawalle hinlänglich bewiesen, wie gefährlich derartige Aufzüge und Demonstrationen der sozialdemokratischen Massen für die wirtschaftliche Ordnung und Sicherheit und für die Verkehrsverhältnisse sind."

Der badische Landesvorstand gibt bekannt: Wie aus den Berichten in der badischen Parteipresse ersichtlich, wurden von einem Teil der Kreisorganisationen die Beschlüsse der Landeskonferenz in Offenburg vom 12. Dezember 1909 beanstandet. Zum Zwecke einer nochmaligen Beratung derselben beruft der Landesvorstand einen außerordentlichen Parteitag auf Sonntag 6. März 1910, vormittags 10 Uhr, in den „Dreikönigssaal" nach Offenburg ein. Tagesordnung: 1. Abhaltung des nächsten badischen Parteitages. 2. Das neue deutsche Parteistatut und seine Handhabung. 3 Kalenderfrage. 4. Wahlfonds. 5. Delegiertensteuer. 6. Maifeierfonds. 7. Internationaler Kongreß in Kopenhagen. 8. Konferenz der Gemeindevertreter. 9. Besprechung allgemeiner Angelegenheiten.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik in der Berliner Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. Die Lohnarbeiter der A. E. G. Huttenstr. (Abt. Turbine), 230 Mann, befinden sich wegen Lohndifferenzen im Streik. Da die Direktion trotz mehrfacher Verhandlung keine genügenden Zugeständnisse machte, so waren die Arbeiter gezwungen, den Streik zu erklären. Es kommen hier Metallarbeiter von jeder Branche in Betracht. Deshalb ist dieser Betrieb für jeden Metallarbeiter gesperrt. Arbeitsangebote von der A. E. G. Huttenstr. sind zurückzuweisen. — Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck gebeten.

Gemeinsamer Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Es wird in die Statutenberatung eingetreten. Den Bericht der eingesetzten Kommission gibt Merkel (Nürnberg). Er bemerkt, daß die Arbeit der Kommission keine leichte war, da 512 Anträge vorlagen. Allen Wünschen hätte natürlich nicht Rechnung getragen werden können, die Kommission glaube aber, das Beste herausgesucht zu haben. Die Organisation führt nun den Namen „Deutscher Bauarbeiterverband." Das Mitgliedsrecht im „Deutschen Bauarbeiterverband" können alle in dem Verbandsgebiet im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter erwerben. Insbesondere sind aufnahmeberechtigt alle Maurer und deren Hilfsarbeiter, auch alle Angehörigen der Spezialbranchen des Maurergewerbes (Backofenbauer, Kessel- und Schornsteinmaurer, Beton- und Kunststeinarbeiter, Fliesenleger und Ansetzer, Terrazzo- und Mosaikarbeiter, Fuger und Putzer aller Art), ferner alle Erdarbeiter, Einschaler, Abbrucharbeiter, Gerüstbauer und die bei der Ausschachtung von Baugruben und an den Pfahlrammen beschäftigten Arbeiter. Zugehörige andrer baugewerblichen Berufe können das Mitgliedsrecht im „Deutschen Bauarbeiterverband" nur erwerben, wenn an ihrem Wohn- resp. Arbeitsort oder in ihrer nächsten Umgegend ein Zweigverein für ihren Berufsverband nicht besteht und es auch die Verhältnisse nicht gestatten, einen solchen zu errichten. Die Statutenberatungskommission schlägt vor, den Verbandstag alle 2 Jahre abzuhalten. Die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstags muß vorgenommen werden, wenn dies von der Hälfte der Zweigvereine beantragt wird. Die Kommission will aber, daß einem Viertel der Zweigvereine das Recht zusteht, die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zu verlangen. Die Debatte über diesen Paragraphen ist sehr ausgedehnt. Bei der Abstimmung werden alle Anträge abgelehnt und den Kommissionsvorschlägen zugestimmt. Wann der nächste Verbandstag stattfindet, soll bei der letzten diesjährigen Tagung der Verbände bestimmt werden. Die Gautage sollen alle zwei Jahre stattfinden. Auch soll ein Viertel der Zweigvereine verlangen können, daß ein außerordentlicher Gautag einberufen wird. Den Vorschlägen der Kommission wird zugestimmt. Zum § 23, der die Beiträge festsetzt, liegt eine fast undenkliche Zahl von Anträgen vor. Nach den Vorschlägen der Kommission sollen die regelmäßigen Verbandsbeiträge in jedem Jahre für 40 Wochen in der Zeit vom 1. März bis Ende November erhoben werden. Die Beiträge werden nach der Lohnhöhe klassifiziert. Als Grundlage gilt der durch Tarif festgesetzte Stundenlohn; besteht ein Tarif nicht, dann wird der allgemein übliche oder der durchschnittliche Stundenlohn angenommen. Innerhalb eines Lohngebiets darf für gelernte Arbeiter nur ein einheitlicher Beitrag bestehen; für nichtgelernte Arbeiter ist eine Differenzierung im Beitrag nur dann zulässig, wenn für verschiedene Kategorien wesentliche Unterschiede im Lohne vorhanden sind. Die Beiträge betragen bei einem Stundenlohn bis 27 Pfg. 35 Pfg. pro Woche, bei einem Lohne von 27 bis 32 Pfg. 40 Pfg. Bei 5 Pfg. mehr Stundenlohn steigt dann der Beitrag um je 5 Pfg.; er beträgt bei 75 bis 77 Pfg. Lohn 85 Pfg. und bei über 77 Pfg. Stundenlohn 90 Pfg. pro Woche. Diese Sätze entsprechen den bisherigen Beiträgen bei den Bauhilfsarbeitern — nur haben sie die höheren Klassen nicht —, und da die Maurer ihre Beiträge um 10 Pfg. erhöht haben, gleichen sie den nun vorgeschlagenen Sätzen. Der Verbandsvorstand soll in Verbindung mit dem Verbandsausschuß und den Gauvorsitzenden berechtigt sein, unter außergewöhnlichen Verhältnissen Extrabeiträge auszuschreiben, zu deren Zahlung alle Mitglieder verpflichtet sind. Bei der Debatte über die Beitragsfrage, die gleich lebhaft einsetzte, ergab sich die Notwendigkeit, zuerst über die Krankenunterstützung zu beschließen. Die Kommission hat beschlossen, die Krankenunterstützung in den Wintermonaten nicht zu gewähren. Es wurde nun in der Diskussion gewünscht, daß die Beiträge 44 Wochen lang erhoben werden — wie die Bauhilfsarbeiter bisher — und die Krankenunterstützung auch in den Wintermonaten bezahlt wird (wie bei den Bauhilfsarbeitern). Auf Beschluß wird nun zuerst über die Krankenunterstützung beraten. Bömelburg plädiert in längern Ausführungen für die Fortdauer der Unterstützung auch während der Wintermonate. Er könne die gegenteilige Entscheidung der Kommission nicht als glücklich bezeichnen. Die

Kommission hat die Winterkrankenunterstützung aus Rücksicht auf die Finanzen abgelehnt, aber sie hat bei einem andern Punkte, bei den Prozentsätzen für die Zweigvereine, diese Rücksicht nicht walten lassen. Ich kann den Beschluß der Kommission nur lebhaft bedauern. Ich habe seinerzeit, als die Bauhilfsarbeiter die Winterunterstützung einführten, dies nicht gutgeheißen, wir haben nun aber die Verschmelzung beschlossen, und es bleibt uns nun nichts anderes übrig, als diese Einrichtung der Bauhilfsarbeiter zu übernehmen. Tun wir dies nicht, dann gibt es Zank und Streik, bevor wir zur eigentlichen Verschmelzung gekommen sind. Es kann ja eine Zeit kommen, wo wir die Winterunterstützung wieder aufheben. Aber das können wir der Zukunft überlassen. Ich bin der Ansicht, daß bei einer Urabstimmung im Maurerverband über die Winterunterstützung sich eine große Mehrheit ergeben würde. (Widerspruch und Zustimmung.) Nach einer längern Debatte erklärt Vorsitzender Bömelburg: Die Vertreter der Zentralvorstände sind der Meinung, daß es im Augenblick wenig Zweck hat, über die Frage der Winterunterstützung zu beraten. Wir sind deswegen dazu gekommen, Ihnen vorzuschlagen, daß die Vertreter der beiden Verbände sich für eine kurze Zeit trennen, damit die einzelnen Verbandstage über diese Frage getrennt beraten. Wir glauben, daß dadurch die Frage am schnellsten geklärt wird. Die Bauhilfsarbeiter ziehen sich dann zurück. Beide Gruppen beraten den strittigen Punkt zunächst einzeln. Beim Wiederzusammentritt beider Verbände erklärt Bömelburg: Die strittige Frage ist wohl jetzt gelöst. Wir haben in unsrer Sondertagung eine Abstimmung vorgenommen, und da stimmten 188 für und 75 Delegierte gegen die Einführung der Winterkrankenunterstützung. (Bravo!) Es wird nun in der vereinten Tagung nochmals über die Einführung abgestimmt, und dabei ergibt sich eine übergroße Mehrheit für die Einführung der Winterunterstützung, die somit beschlossen ist. Behrendt von den Bauhilfsarbeitern erklärt dann: Wir haben uns in unsrer Sondertagung eingehend mit der Unterstützungsfrage beschäftigt. Wir waren einstimmig der Ansicht, daß die Winterunterstützung eingeführt werden muß. Wäre aber die Unterstützung nicht beschlossen worden, so hätte deswegen die Verschmelzung nicht in die Brüche gehen dürfen. Abends 8 Uhr wurden dann die Verhandlungen unterbrochen, um 9 Uhr sollen sie fortgesetzt werden.

Der Verbandstag wurde Sonnabend abend kurz nach 6 Uhr nach den jubelnd aufgenommenen Schlußworten Bömelburgs und Silberschmidts vertagt. Bömelburgs Resumee über die bevorstehende Lohnbewegung im Baugewerbe klang aus in einem Appell an die deutsche Bauarbeiterschaft, sich gerüstet zu halten, um den ihr von dem Unternehmerbund angedrohten Kampf auf das nachdrücklichste abzuschlagen. Der Verbandstag soll wieder zusammenberufen werden, wenn der Kampf vor der Entscheidung steht. Im übrigen sind alle Vorlagen zu gutem Ende geführt. In den Vorstand wurden die Mitglieder der bisherigen Verbandsvorstände gewählt. Der neue Verband tritt am 1. Januar 1911 ins Leben.

Vom bevorstehenden Kampf in der graphischen Industrie. Von der Kündigung durch die Mitglieder des Unternehmerschutzverbandes sind in Nürnberg, Fürth und Schwabach die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen nicht betroffen worden. Die Unternehmer glauben, mit diesem Personal nach Eintritt der Aussperrung die Vorräte aufarbeiten zu können. Damit werden sie aber die Rechnung ohne den Wirt, d. h. ohne die Solidarität der betreffenden Arbeiter gemacht haben. Diese werden sich auf die Seite der Lithographen und Steindrucker stellen. So haben in Schwabach die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Kunstanstalt Meerwald u. Dobler teilweise ihre Kündigung eingereicht, ebenso bei der Firma S. Bing in Fürth. In Nürnberg haben die christlich Organisierten, die bekanntlich ebenfalls nicht gekündigt wurden, sich mit den Freiorganisierten solidarisch erklärt. In Halle an der Saale nahm eine Konferenz von Vertretern des Verbandes der Lithographen und Steindrucker Stellung zu der vom Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer eingeleiteten Aussperrung. Die Konferenz beschloß, den aufgezwungenen Kampf gegen die scharfmacherische Arbeitsordnung mit aller Schärfe zu führen, wie auch auf Regelung der Münchener Lohn- und Arbeitsbedingungen zu dringen; sie beschloß weiter, nach reiflicher Beratung über die gegenwärtige Situation, daß der Verband sich nach den getroffenen Maßnahmen des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer für einen größeren Kampf vorzubereiten hat. Daher beschloß die Konferenz zur Sammlung weiterer größerer Geldsummen für Unterstützungszwecke eine entsprechend hohe Extrasteuer und zwar für die Dauer des Kampfes, zu erheben. Die Konferenz beauftragt den Hauptvorstand und Ausschuß, sobald durch Verhandlungen keine Verständigung erfolgt, diese Extrasteuer auszuschreiben.

Die Leipziger Lithographen haben Donnerstag in einer imposanten Versammlung gegen das Vorgehen der Unternehmer im Lithographiegewerbe protestiert und in einer Resolution erklärt, daß sie mit den Beschlüssen der Vertreterkonferenz in Halle einverstanden sind; sie versprachen ferner, daß wenn eine befriedigende Einigung nicht zustande kommt, den durch das rigorose Vorgehen des Schutzverbandes der deutschen Steindruckereibesitzer heraufbeschworenen Kampf aufzunehmen und mit aller Energie durchzuführen. Die Versammlung beschloß weiter, den Vorstand zu ermächtigen, für den Fall eines Kampfes eine Extrasteuer von 1, 2, 3 und 4 Mk. pro Woche zu erheben. Kommt es nicht zum Kampf, soll ein Extrabeitrag von 20 Pfennig pro Woche ein Jahr lang für die Gewerkschaftskasse erhoben werden, um einen Kampffonds zu bilden, der es jederzeit ermöglicht, aus eigener Kraft dem Schutzverband ein Paroli zu bieten. In München sind die sachlichen Differenzen nach zweitägigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes einstweilen beigelegt worden. Für die neuen Vereinbarungen, die den Arbeitern verschiedene Verbesserungen bringen, wurde eine einmonatliche Kündigungsfrist durchgesetzt, da die Schutzverbandsfirmen förmliche Tarifverträge nicht abschließen dürfen. Freitag beginnen in München die Verhandlungen über die Beilegung der Differenzen in den anderen Orten Deutschlands, insbesondere über die Arbeitsordnung. Diese Verhandlungen werden von Organisation zu Organisation, also nicht vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes geführt, jedoch unter Zuziehung eines Gewerberichters als Berater. Die Verhandlungen haben vertraulichen Charakter.

Die Lohnbewegung der Breslauer Tapezierer ist in ein ernsteres Stadium getreten. Die Innungsmeister und Geschäftsinhaber erklärten in einer Versammlung, in welcher die Gehilfen noch einmal mit Nachdruck ihre Forderungen vertraten, daß sie vom 1. April ab nur eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde bewilligen könnten, aber das auch nur, wenn der Tarif auf 3 Jahre abgeschlossen würde. Da die Gehilfen, die seit Jahren keine Lohnerhöhung erhalten haben, damit keineswegs sich einverstanden erklären können, so steht ein ernster Konflikt bevor, wenn die Unternehmer nicht noch im letzten Augenblick Einsehen haben.

Die Konfektionsarbeiter in Lauban i. Schles. stehen im Streik. Die Streikenden hatten das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Die Konfektionäre erschienen wohl, lehnten aber jede Verhandlung ab.

Der siebente Internationale Transportarbeiter-Kongreß findet vom 23. bis 27. August d. J. in Kopenhagen (Dänemark) statt. An demselben nehmen Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Eisenbahner, Hafenarbeiter und Seeleute teil. Für die Hauptberufe sind Spezialkonferenzen geplant. Die Tagesordnung lautet: 1. Konstituierung des Kongresses. 2. Allgemeiner Bericht des Zentralrats: a) Allgemeines und Kasse, b) Presse, c) die Aktionen der Unternehmerverbände, d) die Form der Landesorganisationen, e) Anträge. 3. Stand Anwendung und Einfluß der internationalen Gesetzgebung auf die soziale und rechtliche Lage: a) der Seeleute, b) Hafen- und Transportarbeiter, c) Verkehrsarbeiter. 4. Wahlen und Bestimmung des nächsten Kongreßortes.

Marinesoldaten verweigern Streikarbeit. Aus Paris berichtet das Wolffsche Bureau: Da in Lorient ein Teil der Gasarbeiter in den Ausstand trat, ließ der Seepräfekt auf Ersuchen des Bürgermeisters diese durch Heizer der Kriegsmarine ersetzen. Mehrere derselben verweigerten jedoch die Arbeit; sie wurden mit Arrest bestraft.

Aus dem Gerichtssaal.

Sechs Wochen Haft um eine — Birne. Das Schwurgericht in Neu-Ruppin hatte am 9. Februar den Arbeiter Arthur Witthuhn wegen einer Bagatelle abzuurteilen. Der Angeklagte, der früher in Berlin als Rohrleger beschäftigt war, hatte dem Kellnerlehrling eines Neu-Ruppiner Lokals im September vorigen Jahres eine Birne gestohlen. Der hochnotpeinliche Fall kam zur Anzeige, und da die Anklage auf Raub auf offener Straße lautete, wurde sie dem Schwurgericht zur Aburteilung überwiesen. Der Spruch der Geschworenen lautete auf „nichtschuldig" des Straßenraubes, dagegen auf „schuldig" des Mundraubes. Das Gericht verurteilte daraufhin den Angeklagten zu sechs Wochen Haft. Es lebe die Gerechtigkeit!

Milde für den Herrn Pascha! Wegen unsittlicher Attacken, die der Kaufmann Siegfried Märzbach auf seine Dienstmädchen ausgeführt, hatte das Schöffengericht in Berlin diesen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Dienstmädchen Frida R. war erst einige Tage im Dienste des Angeklagten, als dieser sich eines Nachts in ihre Schlafkammer schlich und sich eines unsittlichen Attentats schuldig machte. Das Mädchen konnte sich nur mit Mühe aus den Umarmungen seines Dienstherrn befreien. Es ergab sich, daß M. schon vorher drei andere Dienstmädchen in derselben verwerflichen Weise seinen Gelüsten gefügig zu machen versucht hatte. Auf die vom Angeklagten eingelegte Berufung ermäßigte die achte Strafkammer des Landgerichts I die Strafe auf zwei Monate Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Liebesdrama. In Charlottenburg versuchte am Freitag in einer Laubenkolonie im Westend ein 21jähriger Arbeiter seine 20jährige Geliebte durch zwei Revolverschüsse in die linke Schläfe zu töten. Er brachte sich dann selbst einen Schuß in den Kopf bei, der sofort tödlich wirkte.

Soldatenselbstmord. Der vor einiger Zeit von seinem Truppenteile (Braunschweig) entwichene Husar U. aus Hannover, von dem angenommen war, daß er fahnenflüchtig geworden sei, wurde als Leiche in einem Bache gefunden. Er war als Schreiber zum Zahlmeisterbureau kommandiert gewesen und aus irgend einem Grunde in die Schwadron zurückversetzt worden. Es wird angenommen, daß er seinem Leben aus verletztem Ehrgefühl in Ende gemacht hat.

Erstochen. Auf dem Roßplatz in Leipzig wurde am Freitag abend ein 40jähriger Arbeiter von einem 20jährigen Schlachter G. nach voraufgegangenem Streit erstochen. G., der schon einmal in einer Heilanstalt war, ist wahrscheinlich unzurechnungsfähig.

Bei einem Automobilunglück auf der Straße nach Weimar wurden nach einer Meldung aus Jena zwei von vier herausgeschleuderten Insassen an Brust und Kopf schwer verletzt. Die zwei anderen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

10 Kinder verletzt. In Essen wurden etwa zehn Kinder, die mit einer Dynamitsprengkapsel spielten, durch die Explosion der Kapsel mehr oder minder erheblich verletzt.

Risiko der Arbeit. In einer chemischen Fabrik in Dortmund wurden zwei Arbeiter von giftigen Gasen betäubt. Der eine wurde als Leiche geborgen, der andere schwebt in Lebensgefahr.

Guter Fang. Eine aus sechs Personen bestehende Einbrecherbande, die viele Großstädte durch verwegene Einbrüche unsicher machte und in Kassel binnen wenigen Wochen 20 weitere Einbrüche verübte, wurde dort verhaftet.

Selbstmord eines Ehepaares. Aus Mannheim wird berichtet: In der Nacht zum Freitag hat sich das Ehepaar Max Maienthal durch Lysol und Einatmen von Gas getötet. Der Beweggrund zu dem Doppelselbstmord ist noch nicht aufgeklärt. Maienthal, der ein Agenturgeschäft betrieb, lebte in guten Verhältnissen und führte mit seiner Frau eine sehr glückliche Ehe. Das Ehepaar, das in den vierziger Jahren stand, hinterläßt einen Sohn von 19 Jahren. Dieser sagte seinen Eltern noch Donnerstag abend um 11 Uhr in ihrem Schlafzimmer Gute Nacht. Danach erst scheinen die Vorbereitungen zum Selbstmord getroffen worden zu sein. Das Dienstmädchen fand Freitag früh einen Zettel mit der Aufschrift „Vorsicht mit Licht". Vor der Tür des Schlafzimmers lag ein Zettel mit gleicher Aufschrift. Die Schlafzimmertür war verschlossen und mit Stühlen verstellt. Als man die Tür mit Gewalt öffnete, fand man die zwei Leichen vor. Ein anscheinend Briefe enthaltendes Paket ist vorgefunden worden.

Ein ganz empörender Fall von richterlichem Mißgriff wird aus Heidelberg gemeldet: Der 49jährige Klempnergeselle Isaak Weiß, der aus München kam und in Zürich eine Stellung antreten wollte, wurde in Heidelberg festgenommen, weil er identisch sein sollte mit einem 35 Jahre alten Siegmund Weiß, der wegen Betrügereien in Bopfingen in Württemberg verfolgt wurde. Vergeblich legte der Verhaftete dem Amtsrichter Arbeitszeugnisse, Invaliditätskarte, Verbandsbuch und Paß vor. Der Amtsrichter erklärte, daß die Zeugnisse wahrscheinlich gefälscht seien, die Juden wollen nicht gern arbeiten. W. bat dann, in München bei seiner bisherigen Arbeitsstelle telegraphisch anzufragen. Er wolle gern das Telegramm aus eigener Tasche bezahlen. Dann ersuchte er noch, ihn nicht per Schub nach Bopfingen zu bringen; er wolle das Geld für sich und einen Kriminalbeamten auslegen, damit er mit dem Schnellzuge transportiert werden könne. W. hatte nämlich 200 Mk. Arbeits-Ersparnisse bei sich. Der Amtsrichter aber war nicht zu bewegen, dem Gesuche Folge zu geben; er ließ den Verhafteten 5 Tage lang transportieren, bis er in Bopfingen ankam. Daselbst erklärte man, daß er nicht der gesuchte Betrüger sei. Am neunten Tage endlich wurde der arme Teufel wieder auf freien Fuß gesetzt. Natürlich war inzwischen seine Arbeitsstelle in Zürich besetzt. Die Angelegenheit wird im badischen Landtage zur Sprache kommen.

Ein schreckliches Familiendrama. Aus Kaiserslautern wird gemeldet: In St. Ingbert tötete der 28 Jahre alte Maschinist Philipp Wagner seine gleichaltrige Ehefrau durch einen Revolverschuß, verletzte seine vier Kinder im Alter von 6, 4, 2 Jahren und 4 Monaten durch Hammerschläge auf den Kopf lebensgefährlich und tötete sich selbst durch einen Revolverschuß. Das Motiv der Tat steht noch nicht fest.

80 Opfer eines vulkanischen Ausbruches. Meldungen aus Port Limon und Costarica zufolge wurden bei dem kürzlich erfolgten Ausbruch des Vulkans Poasa 80 Personen getötet.

Eine bösartige Diphtheritis-Epidemie ist in Berlingerode auf dem Eichsfeld ausgebrochen. In fünfundzwanzig Familien sind Kinder erkrankt. Die Schulen sind geschlossen und alle Festlichkeiten verboten.

Das Seine-Hochwasser. Man schreibt dem „Hbg. Corresp." aus Paris: Die Überschwemmungsgefahr ist zwar direkt für Paris, abgesehen von den äußersten Vorstädten, nicht so schnell wieder dringend geworden, als man vor einigen Tagen befürchtete; aber immerhin steigt die Seine wieder ständig, und sie hat bereits neuerdings eine Höhe erreicht, die zu den bedenklichsten Hochfluten gezählt werden muß. Dazu lauten von der oberen Seine und von ihren Nebenflüssen Meldungen ein, daß das Wachswasser in der nächsten Woche noch stärker anschwellen müsse. Jedenfalls ist der Strom wieder zu jener Höhe gelangt, die die gefährlichen Durchsickerungen verursacht und den Abfluß der Kanalisation gefährdet, wenn nicht schon ganz hemmt. So zeigen sich in den Kellern der im Strombereich gelegenen Häuser wieder Wasseransammlungen in großem Maße, und die Auspumpungen in den überschwemmten Teilen der Stadtbahn sind seit Donnerstag vergeblich geblieben, da der Spiegel durch das neueindringende Wasser immer wieder auf die gleiche Höhe gebracht wird, wie energisch auch die Pumpen arbeiten mögen. Die Seine-Präfektur hat soeben die Liste der Grundstücke veröffentlicht, die von der ersten Überschwemmung betroffen wurden. Danach sind von 84 000 Häusern der Hauptstadt 14 100 mehr oder weniger von der Überschwemmung in Mitleidenschaft gezogen worden. Zu der Hilfsaktion für die Opfer der Überschwemmung wird gemeldet, daß der Finanzminister, da vielleicht ein Teil der zu unterstützenden Geschäftsleute lange Zeit hindurch nicht zahlungsfähig sein dürfte, behufs Deckung der von der Bank von Frankreich zu gewährenden Vorschüsse einen Garantiefonds von 40 Millionen Francs errichten will, wozu der Staat und die betreffenden Departements, die Stadt Paris und Bankinstitute beitragen sollen. Die letzteren allein übernahmen zehn Millionen Francs, wovon bereits die Hälfte gezeichnet ist.

Von Haifischen verschlungen. Der Erste Offizier Witt vom Hamburger Dampfer „Plauen", der zweihundert Seemeilen von Sydney über Bord geschleudert wurde, wurde von Haifischen verschlungen, als das von der „Plauen" ausgesetzte Rettungsboot bereits nahe war.

Von einem Unbekannten erschossen. Der bolivianische Konsul in Algier Dachot ist Freitag nachmittag von einem Unbekannten durch vier Revolverschüsse in dem Augenblick getötet worden, als er sein Automobil zu einer Ausfahrt besteigen wollte.

Der Untergang des französischen Passagierdampfers „General Chanzy". Der Schiffbruch des Dampfers „General Chanzy" ereignete sich schon Mittwoch abend in dem Augenblick, als trotz des heftigen Unwetters das Schiff sich in schneller Fahrt befand, um aus der gefährlichen Zone herauszukommen. Die Nacht war sehr dunkel. Das Schiff lief mit furchtbarer Gewalt auf. Der einzigste Gerettete, der Zollbeamte Boder entging dem Tode wie durch ein Wunder. Er verbrachte den Rest der Nacht zum Donnerstag bewußtlos am Strande, kam erst unter den Sonnenstrahlen zu sich und irrte den ganzen Donnerstag umher. Am Freitag gelangte er endlich nach Ciudad, von wo infolge seines Berichts die Behörden sich sogleich nach dem Unglücksort begaben. Um das gesunkene Schiff schwammen viele Leichen. Die Boote des Dampfers hatten wegen des Unwetters nicht benutzt werden können. Man versucht die Bergung der Leichen und Schiffstrümmer. Die spanische Regierung läßt an der Unglücksstelle einen Leuchtturm errichten, um die Wiederholung eines derartigen Unglücks zu verhüten. Der Marineminister erhielt von dem französischen Vizekonsul in Palma folgende Depesche: Die Ursache des Unterganges des „General Chanzy" ist wahrscheinlich eine Kesselexplosion. Mehr als 150 Menschen sind umgekommen, deren Leichen infolge der hochgehenden See nicht geborgen werden konnten. Die Postsäcke und eingeschriebenen Briefe und Wertsendungen wurden gerettet. — Nach den von der Compagnie Transatlantique stammenden Angaben sind bei dem Untergang des „General Chanzy" **153 Menschen ums Leben gekommen.** Die Passagierliste weist 86 Personen auf und enthält auch einige deutschklingende Namen. Die Blätter erinnern daran, daß der verunglückte Dampfer im Juli 1896 in der Nähe von Bergen (Norwegen) auf Grund geraten war und von dem deutschen Kreuzer „Greif" wieder flott gemacht wurde.

Eine neue Schiffskatastrophe. Der Pacifikdampfer „Lucia" ist in der Magellanstraße gescheitert und gilt als verloren. Der englische Dampfer „Hathuinet" nahm 205 Schiffbrüchige auf. 88 Personen blieben an Bord der „Lucia", da es unmöglich war, sie zu retten. Der erste Steuermann und **50 Passagiere** sind ertrunken.

Sieben Personen umgekommen. Aus Pamplona (Spanien) wird gemeldet: Sieben Schuhmacher, welche die Karnevalsfeier in Mauleon mitgemacht hatten, wurden auf dem Heimwege von einem Schneesturm überrascht. Alle sieben kamen darin um.

Die Gefahren des Bahnbaues Madeira—Mamore. Aus Rio de Janeiro meldet den „Hamburger Nachrichten" ein Privattelegramm: Fünf österreichische Arbeiter, die bei dem Bau der Bahn von Madeira nach Mamore beschäftigt sind, sind, als sie sich zum Schlaf niederlegen wollten, von Indianern getötet worden. Die „Hamb. Nachrichten" bemerken dazu: „Die armen Leute werden also nicht nur durch das mörderische Klima, sondern auch von den Indianern dezimiert!" — Und da soll sich den deutschen Behörden immer noch keine Handhabe bieten, dem Treiben der Menschenhändler ein Ende zu machen?

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Ein Prospekt der Tuchfabrik Lehmann u. Assmy in Spremberg lag der Sonnabend-Nummer dieses Blattes bei.